

DIETMAR HÜSER

FRANKREICH, DEUTSCHLAND
UND DIE FRANZÖSISCHE ÖFFENTLICHKEIT 1944–1950:
INNENPOLITISCHE ASPEKTE DEUTSCHLANDPOLITISCHER
MAXIMALPOSITIONEN

Innen- und Außenpolitik nach 1918 und 1944:
Ähnlichkeiten und Unterschiede

»Certes, les vainqueurs auraient pu ménager l'Allemagne. Mais dans quelle mesure? ... Pouvaient-ils sans infliger une déception profonde à leurs peuples, abandonner les réparations? Et pouvaient-ils apaiser les passions que la guerre avait éveillées?«¹

Schon seit langem hat die internationale Historiographie Interaktionsmuster von Innen- und Außenpolitik als fruchtbaren und unabdingbaren Erklärungsansatz für das Verständnis des Versailler Friedensschlusses nach dem Ersten Weltkrieg erkannt: Angesichts der zunehmenden Bedeutung der öffentlichen Meinung als Faktor außenpolitischer Entscheidung während des Krieges, angesichts der propagandistisch hochgepeitschten Stimmung sowie der an einem Karthagofrieden orientierten Erwartungshaltung in allen kriegführenden Ländern, angesichts der Leiden und Verluste der Menschen sowie der absehbaren Nachkriegsprobleme konnten die Verhandlungsführer der Siegerstaaten kaum umhin, dem Druck der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen².

Auf Frankreich traf dies in besonderem Maße zu³. Wenn sich auch ein Kausalnexus zwischen öffentlicher Meinung und praktischer Politik nicht unmittelbar nachweisen läßt⁴, so doch wenigstens Faktoren, die eine Berücksichtigung der Öffentlichkeit im außenpolitischen Entscheidungsprozeß 1918/19 plausibel und wahr-

BEIHEFTE DER FRANCIA

Herausgeber: Deutsches Historisches Institut Paris

Verlagsadresse: Jan Thorbecke Verlag GmbH & Co., Sigmaringen

© 1993 by Jan Thorbecke Verlag GmbH & Co., Sigmaringen

Gesamtherstellung: M. Liehners Hofbuchdruckerei GmbH & Co., Verlagsanstalt, Sigmaringen

Printed in Germany

ISSN 0178-1952 · ISBN 3-7995-7327-5

¹ Pierre RENOUVIN, *Le traité de Versailles*, Paris 1969, S. 116.

² Vgl. Max BELOFF, *Wars and welfare. Britain 1914–1945*, London 1984, S. 62; Gordon A. CRAIG, Alexander L. GEORGE, *Zwischen Krieg und Frieden. Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart*, München 1984, S. 76; Eberhard KOLB, *Die Weimarer Republik*, München 1984, S. 24; Detlev PEUKERT, *Die Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1987, S. 53.

³ Zur französischen öffentlichen Meinung 1918/19, vgl. Jean-Jacques BECKER, *L'opinion*, in: René RÉMOND (Hg.), *Pour une histoire politique*, Paris 1988, S. 161–183; Pierre GUILLEN, *Opinion publique et politique extérieure en France 1914–1940*, in: *Opinion publique et politique extérieure*, Bd. 2: 1915–1940, Rom 1984 (Collection de l'Ecole Française de Rome, Bd. 54/2) S. 37–56. Zu den französischen Kriegsschäden und deren langfristigen Folgen, vgl. zuletzt Jean-Jacques BECKER, Serge BERSTEIN, *Victoire et frustrations 1914–1929*, Paris 1990.

⁴ Vgl. Gilbert ZIEBURA, *Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911–1914*, Berlin 1955, S. 10.

scheinlich machen:⁵ zum ersten auf Deutschland bezogene, verinnerlichte nationale Verhaltensmuster und Stereotypen, die vor allem durch die Ereignisse der 1870er Jahre ihre langfristig wirksame Prägung erhielten und deren Gültigkeit der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu bestätigen schien;⁶ zum zweiten das Klima der ersten Nachkriegszeit mit all seinen sozioökonomischen Problemen, moralischen Infragestellungen, Unsicherheiten in jederlei Hinsicht, eine Stimmung, die günstigen Nährboden für »Blitzableiterreaktionen« seitens der Öffentlichkeit sowie für Instrumentalisierungen seitens der politischen Führung abgab;⁷ zum dritten eine politische Kultur, welche die Formierung sowie ein politisches System, welches das Durchdringen einer öffentlichen Meinung überhaupt zuließ;⁸ zum vierten eine breite Öffentlichkeit, die für einen »paix dure, payante«⁹ eintrat sowie eine engere politische Öffentlichkeit, die diese zusätzlich anheizte, indem sie etwa bei der Frage der Rheingrenze oder dem Reparationsproblem weit über die vorsichtigen Regierungsverlautbarungen hinausging;¹⁰ zum fünften Entscheidungsträger, die ein hohes Maß an Sensibilität gegenüber den großen Strömungen der Öffentlichkeit besaßen¹¹, einerseits hinsichtlich ihrer Berücksichtigung bei der Formulierung zumindest offizieller Positionen, andererseits hinsichtlich ihrer Umorientierung in Richtung einer höheren Akzeptanz für Kompromißlösungen¹².

Nun sind Vergleiche der beiden Nachkriegssituationen auf der politischen Ebene so schwierig wie selten;¹³ erst recht springen unter diplomatiegeschichtlichen Gesichtspunkten zunächst die prinzipiellen Unterschiede zwischen 1918/19 und 1944/46 ins Auge. Im sozioökonomischen und psychologischen Bereich allerdings erweisen sich Vergleichsperspektiven als ertragreicher und deuten auf Nachkriegsspezifika hin, die für beide Perioden gleichermaßen Geltungskraft beanspruchen können:¹⁴ Zerstörungen und materielle Notlagen, Entwurzelungen und gesellschaftliche Wiedereingliederungsprobleme, Zukunftsängste und allgemeine Resignation, nur kurzzeitig überlagert von den Freudenstürmen des 11. November 1918, von der Begeisterung des 25. August 1944, schon weniger des 8. Mai 1945, prägten weitestge-

5 In Anlehnung an Marlies G. Steinert, zit. nach Paul NOACK, Außenpolitik und öffentliche Meinung, in: Wichard WOYKE (Hg.), Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 1987, S. 42–47 (43).

6 Vgl. François ROTH, La guerre de 1870, Paris 1990, vor allem S. 607–726.

7 Vgl. Gitta STEINMEYER, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919, Stuttgart 1979, S. 139.

8 Vgl. Jean-Marie MAYEUR, La vie politique sous la Troisième République 1870–1940, S. 249f.

9 Pierre MIQUEL, Histoire de la France, Bd. 2, Paris 1976, S. 181; ausführlicher DERS., La paix de Versailles et l'opinion publique française, Paris 1972.

10 Vgl. Jacques BARIÉTY, Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale. 10 Novembre 1918 – 10 Janvier 1925: de l'exécution à la négociation, Paris 1977, S. 26ff.; ebenso Pierre RENOUVIN, Les buts de guerre du gouvernement français 1914–1918, in: RH 235 (1966) S. 1–38 (37).

11 Für Clemenceau, vgl. Jean-Baptiste DUROSELLE, Clemenceau, Paris 1988, S. 720.

12 Vgl. David STEVENSON, French war aims against Germany 1914–1919, Oxford 1982, S. 202.

13 Ansätze bei Charles S. MAIER, The two postwar eras and the conditions for stability in Twentieth-Century-Western Europe, in: AHR 86 (1981) S. 327–352; zuletzt für Deutschland Gottfried NIEDHARDT, Dieter RIESENBERGER (Hg.), Lernen aus dem Krieg. Deutsche Nachkriegszeiten 1918–1945, München 1992.

14 Vgl. für Frankreich Reconstructions et modernisations. La France après les ruines 1918 ... 1945 ... Exposition aux Archives Nationales, Hôtel de Rohan, Janvier-Mai 1991, Paris 1991.

hend kollektive Mentalitäten und Meinungsklima, erhielten damit aber wiederum eine politische Dimension.

Die außen- und deutschlandpolitische Dimension solcher innenpolitischen Determinanten in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg steht im Zentrum der folgenden Ausführungen. Es sollen Interpretationsansätze zur Diskussion gestellt werden, die sich aus der Verbindung struktur- und politikgeschichtlicher Aspekte ergeben, aus der Analyse der öffentlichen Meinung sowie deren Wahrnehmung und Umsetzung durch deutschlandpolitische Entscheidungsträger nach Befreiung und Kriegsende.

Im Gegensatz zu anderen Bereichen französischer Außen- und Kolonialpolitik der frühen Nachkriegszeit fehlt es bislang für Deutschland bis zur Diskussion um EGKS und EVG an systematischen Untersuchungen zum Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit auf breiter Quellenbasis¹⁵, und damit an möglichen Einsichten in deren wechselseitige Abhängigkeitsstrukturen. Ein überraschender Befund, denn könnte man nicht vermuten, daß der Faktor »öffentliche Meinung« angesichts der Traumata von Kriegsniederlage 1940 und deutscher Besatzung, von Ausbeutung und Verbrechen der Nationalsozialisten, von fortgesetzten »querelles franco-françaises«, von Kollaboration und Widerstand, sogar einen höheren Erklärungswert für die französische Deutschlandpolitik besitzt als nach dem Ersten Weltkrieg; könnte man nicht ferner annehmen, daß nationale Stereotypen, Klima der Epoche, politische Kultur, Stimmung und Erwartungshaltung einer breiteren sowie Einfluß einer politischen Öffentlichkeit, schließlich die Perzeption dieser Einstellungen und ihre Berücksichtigung in der praktischen Politik seitens der Entscheidungsträger regierungsamtliche Positionen gegenüber dem östlichen Nachbarn eher stärker beeinflussen als in der ersten Nachkriegszeit?

In der historischen Forschung herrschte bis in die 80er Jahre hinein ein weitestgehender Konsens vor, was die Beurteilung französischer Deutschlandpolitik von der Befreiung bis zum Schumanplan anbelangt:¹⁶ Frankreich habe bei Kriegsende eine rein destruktive und anachronistische Deutschlandkonzeption verfolgt, eine von de Gaulle geprägte, nach dessen Rücktritt im Januar 1946 von Außenminister Bidault konsequent fortgesetzte verschärfte Neuauflage traditioneller französischer Sicherheitsvorstellungen durchzusetzen versucht, territoriale Höchstforderungen, die Abtrennung von Rhein und Ruhr, die Annexion der Saar eingeklagt, eine am Westfälischen Frieden anknüpfende Zerstückelung Deutschlands angestrebt, durch eine Obstruktionspolitik im Alliierten Kontrollrat die deutsche Teilung maßgeblich präjudiziert und eine grundlegende Schwächung deutscher Wirtschaftskraft durch Reparationen, Demontagen und systematische Ausbeutung seiner Besatzungszone

15 Ansätze vor der Freigabe einschlägiger Akten bei Adalbert KORFF, Le revirement de la politique française à l'égard de l'Allemagne entre 1945 et 1950, Ambilly-Annemasse 1965; Alfred GROSSER, La Quatrième République et sa politique extérieure, 3. Aufl., Paris 1972; Klaus HÄNSCH, Frankreich zwischen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1946–1948, Berlin, New York 1972; danach, vgl. Reinhard SCHREINER, Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, Frankfurt/M. 1985; Martina KESSEL, Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947, München 1989; Pierre GERBET e. a., Le relèvement 1944–1949, Paris 1991; Michel MARGAIRAZ, L'Etat, les finances et l'économie. Histoire d'une conversion 1932–1952, 2 Bde, Paris 1991; Cyril BUFFET, Mourir pour Berlin. La France et l'Allemagne 1945–1949, Paris 1992.

16 Klassisch Frank Roy WILLIS, The French in Germany 1945–1949, Stanford 1962.

beabsichtigt; erst aufgrund der zunehmenden Polarisierung der internationalen Politik, des wachsenden politischen und ökonomischen Drucks seitens der USA und seiner eigenen machtpolitischen Schwäche habe die »Grande Nation« in einem permanenten Rückzugsgefecht ihre illusionären deutschland- und besatzungspolitischen Forderungen revidiert und sei ab der Moskauer Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1947 graduell und widerstrebend auf die anglo-amerikanische Linie eingeschwenkt, so daß eigenständige französische Ansätze als »Wurmfortsatz der amerikanischen Deutschland- und Westeuropapolitik«¹⁷ geendet und letztendlich eine magere Bilanz hervorgebracht hätten.

Erst die Öffnung französischer Archive ermöglichte eine Überprüfung der zumeist auf sehr viel länger zugänglichen angelsächsischen Materialien sowie auf persönlichen Erinnerungen von Zeitgenossen beruhenden Thesen. Sie führte zu neuen Fragestellungen und teilweise anderen Beurteilungen und Gewichtungen, zunächst der französischen Besatzungs-¹⁸, dann auch der Deutschlandpolitik¹⁹ zwischen 1944 und 1950. Eine konsensfähige Neubewertende Gesamtinterpretation hat sich daraus jedoch bislang nicht entwickelt, eher eine stärker aufgesplitterte Forschungslandschaft²⁰, in der auch die rein traditionelle Sichtweise weiterhin ihren

17 Gerhard KIERSCH, Die französische Deutschlandpolitik 1945–1949, in: Claus SCHARF, Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hg.), Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands, Wiesbaden 1977, S. 61–76 (76).

18 Vgl. vor allem Franz KNIPPING, Jacques LE RIDER, Karl J. MAYER (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950, Tübingen 1987; Alain LATTARD, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945–1949, Mainz 1988; Rainer HUDEMANN, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953, Mainz 1988; Heinrich KÜPPERS, Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946–1955, Mainz 1990; Henri MÉNUDIER (Hg.), L'Allemagne occupée 1945–1949, Brüssel 1990; Edgar WOLFRUM, Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der »vergessenen Zone« bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952, Düsseldorf 1991; Rainer HUDEMANN, Raymond POIDEVIN (Hg.), Die Saar 1945–1954. Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1992.

19 Neuansätze zur Deutschlandpolitik insgesamt bei SCHREINER (wie Anm. 15); HUDEMANN (wie Anm. 18); Thomas ISAJIW, Was soll aus Deutschland werden? – Konzeptionen, Wege und Ergebnisse der französischen Deutschlandpolitik 1940–1948, Phil. Diss. Münster 1988; KESSEL (wie Anm. 15); John GILLINGHAM, Coal, steel, and the rebirth of Europe 1945–1955. The Germans and the French from Ruhr conflict to economic community, Cambridge 1991. Neuansätze zu Einzelaspekten bei Irwin M. WALL, L'influence américaine sur la politique française 1945–1954, Paris 1989; Christoph BUCHHEIM, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990; Anne DEIGHTON, The impossible peace. Britain, the division of Germany and the origins of the Cold War, Oxford 1990; Elisabeth KRAUS, Ministerien für ganz Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen, München 1990; Pierre MAILLARD, De Gaulle et l'Allemagne. Le rêve inachevé, Paris 1990; MARGAIRAZ (wie Anm. 15). Vgl. auch die einschlägigen Beiträge in: Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, hg. v. Institut Français de Stuttgart, Tübingen 1987; Klaus MANFRASS, Jean-Pierre RIOUX (Hg.), France – Allemagne 1944–1947, Paris 1990.

20 Vermittelnde Positionen zur Gesamtinterpretation bei Wilfried LOTH, Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Ludolf HERBST (Hg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 37–49; Raymond POIDEVIN, Robert Schuman. Homme d'Etat 1886–1963, Paris 1986; Hans-Manfred BOCK, Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik Deutschland in der französischen Diplomatie: Die Bonner Monatsberichte des Hochkommissars André François Poncet 1949 bis 1955, in: Francia 15 (1987) S. 579–658; Catherine de CUTTOLI-UHEL, La politique allemande de la France 1945–1948. Symbole de son impuissance, in: René GIRAULT, Robert FRANK

Platz einnimmt²¹. Dennoch scheinen sich die respektiven Positionen nicht so diametral gegenüberzustehen, wie man dies auf den ersten Blick annehmen könnte, scheinen Divergenzen ansatzweise erklär- und überbrückbar. Vielleicht kann eine Herangehensweise, die auf Wechselwirkungen von Politik und Öffentlichkeit einerseits, von Innen- und Außenpolitik andererseits abhebt, die französische öffentliche Meinung als einen Faktor deutschlandpolitischer Entscheidungsprozesse berücksichtigt, dazu einen Beitrag leisten.

Das Konzept der öffentlichen Meinung: Grenzen und Möglichkeiten

»Wer ihn [den Begriff der öffentlichen Meinung] fassen und bestimmen will, erkennt sofort, daß er es mit einem zugleich tausendfältig sichtbaren und schemenhaften, zugleich ohnmächtigen und überrschend wirksamen Wesen, einem Proteus zu tun hat, ...«²²

Öffentliche Meinung und Zeitgeschichtsforschung

Allein schon der unterschiedliche Gebrauch des Konzepts der öffentlichen Meinung durch die einzelnen Wissenschaftsdisziplinen, deren verschiedene Ansätze, Vorgehensweisen und Erkenntnisinteressen, deuten auf methodische Unschärfen hin sowie auf die Unmöglichkeit, zu einer allgemeingültigen Definition zu gelangen²³. Dennoch bleibt »öffentliche Meinung« wegen ihres potentiellen Einflusses auf politische

(Hg.), La puissance française en question 1945–1949, Paris 1988, S. 93–111; Georges-Henri SOUTOU, La politique française à l'égard de la Rhénanie 1944–1947, in: Peter HÜTTENBERGER, Hansgeorg MOLITOR (Hg.), Franzosen und Deutsche am Rhein: 1789–1918–1945, Essen 1989, S. 47–66; Ingo KOLBOOM, Frankreich und die staatliche Neuordnung Deutschlands 1945–1949. Ein Rückblick aus aktuellem Anlaß, in: Wolfgang ASHOLT, Heinz THOMA (Hg.), Frankreich. Ein unverstandener Nachbar 1945–1990, Bonn 1990, S. 51–86; GERBET (wie Anm. 15).

21 Vgl. Reiner MARCOWITZ, Grundzüge der Deutschlandpolitik de Gaulles und Bidaults von Herbst 1944 bis Frühjahr 1947, in: Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Heft 2 (1988) S. 117–134; Helmut AUERBACH, Die europäische Wende der französischen Deutschlandpolitik 1947/48, in: Ludolf HERBST, Werner BÜHRER, Hanno SOWADE (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 577–591; Hermann GRAML, Vom Kriegsende bis zur doppelten Staatsgründung 1945–1949, in: Werner WEIDENFELD, Hartmut ZIMMERMANN (Hg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, München 1989, S. 35–47; Jacques BINOCHÉ, De Gaulle et les Allemands, Brüssel 1990; Rolf STEININGER, Ein neues Land an Rhein und Ruhr. Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung Nordrhein-Westfalens, Stuttgart 1990; John W. YOUNG, France, the Cold War and the Western Alliance 1944–1949: French foreign policy and post-war Europe, Leicester 1990; Jochen DANKERT, Deutschlandpolitische Vorstellungen de Gaulles, in: ZfG 39 (1991) S. 212–230; Andreas WILKENS, Von der Besetzung zur westeuropäischen Integration. Die französische Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit 1945–1950, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 1 (1991), S. 1–21; BUFFET (wie Anm. 15).

22 Hermann ONCKEN, Politik, Geschichtsschreibung und öffentliche Meinung, in: DERS., Historisch-politische Aufsätze und Reden, Bd. 1, München, Berlin 1914, S. 205–243 (224).

23 Vgl. Harwood L. CHILDS, Public opinion: nature, formation and role, Princeton 1964, S. 12–26; Jean STOETZEL, Sondages d'opinion, in: Encyclopaedia Universalis, Bd. 13, Paris 1988, S. 544–548 (544).

Entscheidungsprozesse²⁴ als »heuristischer Imperativ« für die Geschichtswissenschaft unverzichtbar²⁵.

Dies gilt besonders für eine Geschichte der internationalen Beziehungen, die sich nicht als klassische Diplomatiegeschichte versteht:²⁶ die Integration verschiedenster Erklärungsfaktoren, biographische sowie Elemente politischer Sozialisation von Entscheidungsträgern, der Einfluß administrativer Strukturen, das Gewicht politischer Traditionen oder der politischen Kultur schlechthin, soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Aspekte der »Großen Politik«, Wechselwirkungen von Innen- und Außenpolitik, letztlich die Verortung diplomatischen Handelns innerhalb solch komplexer Zusammenhänge, erweist sich gerade in der Zeitgeschichte als unabdingbar. Die Analyse der öffentlichen Meinung stellt dabei ein unentbehrliches Mittel dar, das Klima zu rekonstruieren, in dem sich politische Entscheidungsfindung vollzieht, Erkenntnisse nicht nur über die Ereignisse selbst, sondern auch über deren Wahrnehmung zu gewinnen, schließlich das komplizierte Zusammenspiel von Politik und Mentalitäten, »de l'événement et de la longue durée«²⁷, zu entwirren und den Versuch zu wagen, Wirkungen der Öffentlichkeit auf die praktische Politik und umgekehrt plausibel zu machen, ohne sie nun im einzelnen quantifizieren zu können oder zu müssen.

Öffentliche Meinung und Außenpolitischer Entscheidungsprozeß

Auf die Frage nach dem Einfluß der öffentlichen Meinung auf einen ganz konkreten Beschluß außen- oder innenpolitischer Natur werden die Antworten selten eindeutig ausfallen: auf der einen Seite dürfte eine politische Entscheidung, die sich allein oder zumindest zum weitaus größten Teil durch den Druck der öffentlichen Meinung erklären läßt, eine Ausnahme bilden; auf der anderen Seite wird es nur sehr wenige politische Handlungen geben, die der öffentlichen Meinung überhaupt nicht Rechnung tragen oder gegen das, was Entscheidungsträger als mehrheitlichen Willen der Öffentlichkeit zu erkennen glauben, vollzogen werden²⁸.

Politiker und Verwaltungsspitzen demokratisch verfaßter politischer Systeme²⁹ sind sich der Existenz und des potentiellen Gewichts der öffentlichen Meinung für ihr eigenes Handeln mehr als bewußt, bedenkt man die erkleckliche Zeit, die sie oder ihre Mitarbeiter mit der Auswertung unterschiedlichster Informationsquellen zur

24 Dazu klassisch Richard C. SNYDER et al. (Hg.), *Foreign policy decision-making*, New York 1962.

25 Gerhard SCHMIDTCHEN, *Die befragte Nation*, Frankfurt/Main 1965, S. 298; in diesem Sinne auch Alfred GROSSER (wie Anm. 15) S. 171.

26 Für die französische Historiographie, vgl. Pierre RENOUVIN, *L'histoire contemporaine des relations internationales. Orientation de recherches*, in: RH 211 (1954) S. 233–255; Jean-Baptiste DUROSELLE, *De l'histoire diplomatique à l'histoire des relations internationales*, in: *Mélanges Pierre Renouvin. Etudes d'histoire des relations internationales*, Paris 1966, S. 1–15; René GIRAULT, *L'histoire des relations internationales peut-elle être une histoire totale?* in: *Mélanges en l'honneur de Jean-Baptiste Duroselle, Enjeux et puissances. Pour une histoire des relations internationales au XXe siècle*, Paris 1986, S. 29–39.

27 Michel VOVELLE, *L'histoire et la longue durée*, in: Jacques LE GOFF (Hg.), *La nouvelle histoire*, 2. Aufl., Paris 1988, S. 77–108 (97).

28 Vgl. Alain GIRARD, *Sondages d'opinion et politique étrangère*, in: Léo HAMON (Hg.), *L'élaboration de la politique étrangère*, Paris 1969, S. 21–41 (22f.).

29 Vgl. etwa Bernard C. HENNESSY, *Public opinion*, Belmont 1966, S. 104ff.

Ergründung der »Stimmung im Lande« zubringen³⁰. Die gewonnenen Erkenntnisse dienen nicht nur dazu, Reaktionen der Öffentlichkeit in bestimmten Politikbereichen besser antizipieren und die jeweilige Politik darauf abstellen zu können³¹, sondern helfen auch bei der Abschätzung, welche Wege zu beschreiten sind, um widerstrebende Mehrheitsansichten »umzubiegen«: Politik und Öffentlichkeit stehen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander; Einwirkungschancen bestehen sowohl im Sinne gesellschaftlicher Kontrolle des politischen Führungspersonals als auch im Sinne außenpolitischer »Erziehung«, Instrumentalisierung oder Ablenkung der Öffentlichkeit von innenpolitischen Problemen³².

Die außenpolitische Beeinflussbarkeit einer breiten Öffentlichkeit muß aufgrund größerer Informationsrückstände sowie geringerer Betroffenheit grundsätzlich höher veranschlagt werden als die innenpolitische. Allerdings kann in gewissen außenpolitischen Mobilisierungsphasen, wie sie Kriegs- und Nachkriegsperioden zweifellos darstellen, die Sensibilität der Öffentlichkeit gegenüber auswärtigen Problemen deutlich ansteigen³³, sich kurzfristig manifestieren oder auch längerfristig wirksam bleiben. In solchen Fällen haben Entscheidungsträger der öffentlichen Meinung auch in der Außenpolitik verstärkt Beachtung zu schenken und genügend Fingerspitzengefühl dafür zu entwickeln, wie welche Themen anzusprechen sind, ohne Akzeptanz- und Toleranzschwellen³⁴ zu überschreiten, ohne Handicaps rationaler Beschlußfassung heraufzubeschwören³⁵. Die Vorstellung, die politische Führungsgruppen von der öffentlichen Meinung oder der Höhe von Toleranzschwellen haben, entspricht nie der Wirklichkeit, da sie von einer Vielzahl externer Faktoren abhängt, wie eigenen Voreinstellungen, Informationsauswahl, Beraterstab oder Zeitaufwand. Die Dichotomie zwischen tatsächlicher und perzipierter Einstellung der Öffentlichkeit erweist sich als höchst bedeutsam, da nicht die Realität, sondern deren Wahrnehmung über Vermittlungsinstanzen wie Umfragen und Zeitungsartikel Eingang in politische Entscheidungsprozesse findet, dort somit einen eigenen Realitätsgehalt bekommt³⁶.

Demnach erscheint eine pragmatische Unterscheidung angemessen zwischen einer »globalen« öffentlichen Meinung, einer »kultivierten«³⁷, informierteren und ausdrucksfähigeren öffentlichen Meinung sowie der Perzeption beider Strömungen

30 Jean-Baptiste DUROSELLE, *Opinion, attitude, mentalité, mythe, idéologie*, in: RI 2 (1974) S. 3–23 (14).

31 Vgl. Paul NOACK, *Öffentliche Meinung und Außenpolitik*, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Handbuch der deutschen Außenpolitik*, 2. Aufl., München 1976, S. 195–207 (196).

32 Vgl. SCHMIDTCHEN (wie Anm. 25) S. 325; Pierre GUILLEN, *Politique intérieure et relations internationales*, in: RI 41 (1985) S. 111–124 (120).

33 Vgl. Pierre GERBET, *L'influence de l'opinion publique et des partis sur la politique étrangère de la France*, in: Jean-Baptiste DUROSELLE (Hg.), *La politique étrangère et ses fondements*, Paris 1954, S. 83–106 (85f.); ebenso GROSSER (wie Anm. 15) S. 173f.

34 Vgl. W. Phillips DAVISON, *Public opinion*, in: *The New Encyclopaedia Britannica*, Bd. 26, Chicago 1989, S. 352–358 (355).

35 Vgl. STEINERT (wie Anm. 5) S. 45.

36 Vgl. allgemein Georges DUBY, *Histoire sociale et idéologies des sociétés*, in: Jacques LE GOFF, Pierre NORA (Hg.), *Faire de l'histoire. Nouveaux objets*, Bd. 1, Paris 1974, S. 203–230 (204); für die internationalen Beziehungen, vgl. Robert JERVIS, *Perception and misperception in international politics*, Princeton 1976.

37 Begriffe »opinion publique globale« und »opinion publique cultivée« bei Duroselle (wie Anm. 30) S. 12ff.

durch politisch entscheidungsbefugte Führungszirkel, die selbst allerdings gleichzeitig, ebenso wie die »kultivierte« Öffentlichkeit, weiterhin Bestandteil der »globalen« öffentlichen Meinung sind. Dabei geht es weniger um direkte öffentliche Einflußnahme im Sinne einer außenpolitischen »pressure group«, sondern vielmehr um Öffentlichkeit als konstitutives Element eines Meinungsklimas³⁸, das deutschlandpolitische Entscheidungsträger zu berücksichtigen haben, wollen sie nicht das Risiko einer daraus erwachsenden »opinion publique agissante«³⁹ mit negativen Rückwirkungen auf eigene Handlungsspielräume in anderen Politikfeldern eingehen.

Das deutschlandpolitische Klima nach der Befreiung: Strukturen und Ereignisse

»Ja, der Jammer unserer »Erbfeindschaft« gipfelte immer wieder darin, daß seit einigen Mensenaltern jedes Urteil, mit dem Frankreich sich betätigte, eine Verurteilung Deutschlands wurde, die durch den Ausgang des Weltkrieges verewigt schien. ... Was Wunder, daß schließlich alles der französischen Selbstauffassung Entgegengesetzte als deutsch empfunden wurde?«⁴⁰

Nationale Verhaltensmuster und »Weltkriegskatalysator«

An der Langlebigkeit nationaler Stereotypen⁴¹ über den Gang politischer Ereignisse und struktureller Veränderungen hinweg sowie an der Langsamkeit, mit der sich selbst zu Zeiten zunehmender Kommunikationsverdichtung Länderklischees im kollektiven Bewußtsein der Menschen aufbrechen lassen, können ebensowenig Zweifel bestehen wie daran, daß solche Bilder die Haltung von Öffentlichkeit und Entscheidungsträgern gegenüber einem anderen Staat beeinflussen und mitbestimmen, auch wenn im einzelnen nicht meßbar ist, in welchem Maße dies jeweils geschieht. Selbst Diplomaten, deren Arbeit den täglichen Umgang mit anderen Ländern beinhaltet und die Zurkenntnisnahme der dortigen politischen, sozioökonomischen, kulturellen und mentalen Wandlungsprozesse erfordert, sind davon nicht frei und lösen sich nur selten von den zu Karrierebeginn verinnerlichten Grundeinstellungen⁴².

In den deutsch-französischen Beziehungen hatten sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mehr und mehr historische Erfahrungen und nationale Stereotypen zu einem Grundmuster wechselseitiger Wahrnehmung in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur hochgeschaukelt, das weitgehend einem starren These-

38 Vgl. Pierre RENOUVIN, Jean-Baptiste DUROSELLE, Introduction à l'histoire des relations internationales, Paris 1964, S. 355 u. 367.

39 GERBET (wie Anm. 33) S. 89ff.

40 Friedrich STEBURG, Gott in Frankreich? Ein Versuch, Frankfurt/M. 1931, S. 331.

41 Vgl. Marieluise CHRISTADLER (Hg.), Deutschland-Frankreich. Alte Klischees-Neue Bilder, 3. Aufl., Duisburg 1981; Jacques LEENHARDT, Robert PICHT (Hg.), Esprit/Geist. 100 Schlüsselbegriffe für Deutsche und Franzosen, München 1989.

42 RENOUVIN (wie Anm. 26) S. 248.

Antithese-Modell entsprach⁴³. Die Kriegsniederlage 1940 und die vierjährige Besatzungszeit waren kaum dazu angetan, die negativen Seiten des französischen Deutschlandbildes zu widerlegen, sondern mußten sie, im Gegenteil, noch weiter schwärzen. Sieht man von verschwindenden Minderheiten ab, von »ultra-collaborationnistes« und »Völkerfrühlingsidealistens«, so war die Virulenz negativer Deutschlandvorstellungen in Frankreich wohl selten zuvor so groß, hatten Mißtrauen, Haß und Revanchegelüste gegenüber den Deutschen wohl selten zuvor eine solche Konjunktur, wie in den Monaten nach Befreiung und Kriegsende.

Politische Problemfülle und öffentliche Erwartungshaltung

Für die aus dem inneren, vor allem aber äußeren Widerstand hervorgegangenen neuen politischen Führungsgruppen in Frankreich stellten sich die Wochen im Anschluß an die Befreiung als eine Periode enormer Problemfülle dar⁴⁴, Probleme, die in vielerlei Hinsicht eng miteinander verknüpft waren und die es in kürzesten Zeiträumen zu lösen galt: Libération hieß eben nicht Kriegsende, erst recht nicht schlagartige Verbesserungen und Erleichterungen im alltäglichen Leben der Franzosen. Für die Provisorische Regierung begann ein anderer, die Menschen erneut vielfältige Opfer und Geduldsproben abverlangender Kampf, und dies an mehreren Fronten gleichzeitig: militärisch mußte der endgültige Sieg errungen und die Nazis vom französischen Territorium vertrieben werden; außenpolitisch war wenigstens eine formale Gleichberechtigung mit den »Großen Drei« anzustreben, um Mitentscheidungsbefugnisse für die Nachkriegsordnung zu erlangen; innenpolitisch kam man nicht umhin, zunächst die Durchsetzung des staatlichen Machtmonopols im ganzen Land sicherzustellen und die spontanen Säuberungsaktionen in geordnete Bahnen zu lenken; wirtschaftspolitisch hatte der rasche Wiederaufbau der völlig zerstörten Kommunikationsstrukturen Vorrang sowie die Wiederbelebung und Modernisierung der industriellen Produktion; sozialpolitisch sah man sich verpflichtet, ansatzweise den Hoffnungen der breiten Masse gerecht zu werden und wenigstens symbolische Maßnahmen in Angriff zu nehmen; materiell hatte man das tagtägliche Überleben zu gewährleisten, dem Mangel an Nahrungsmitteln, Bekleidung und Heizstoffen entgegenzuwirken sowie die Lohn-Preis-Spirale in den Griff zu bekommen; in mentaler Hinsicht galt es, die Franzosen moralisch wiederaufzurichten, sie die akkumulierten Traumata und »guerres franco-françaises« vergessen zu lassen und ihre Energien produktiver einzusetzen.

Der ausgesprochene Sinn für die Stimmungslage der Nation in Pariser Führungskreisen beruhte vor allem auf drei miteinander verflochtenen Sachverhalten und Erkenntnissen: zunächst auf eigenen Résistanceerfahrungen und dem Bewußtsein, daß ein Großteil der Bevölkerung in den »années noires« eine materiell wie psychologisch schwere Zeit durchlebt hatte; dann auf der Einsicht, daß die Erwartungshal-

43 Zuletzt unter sozioökonomischen Vorzeichen Hartmut KAEUBLE, Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880, München 1991.

44 Vgl. La Libération de la France. Actes du colloque organisé par le Comité d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale, Paris 1976; Jean-Pierre RIOUX, La France de la Quatrième République, Bd. 1: L'ardeur et la nécessité 1944–1952, Paris 1980; Fred KUPFERMAN, Les premiers beaux jours 1944–1946, Paris 1985.

tung der Öffentlichkeit in keinem rechten Verhältnis zur Realität der kommenden Jahre stehen würde; schließlich auf der weitverbreiteten Haltung, daß die tieferen Ursachen für München 1938 und das Desaster vom Juni 1940, maßgebliche Schlüsselereignisse politischer Sozialisation, in »décadence« und »déclin« der 30er Jahre zu finden seien und daß künftig eine Wiederholung solcher Katastrophen nur durch ein starkes, vor allem wirtschaftlich leistungsfähiges und gesellschaftlich-politisch erneuertes Frankreich verhindert werden könne⁴⁵. Bei den »décideurs« jedenfalls herrschte weitestgehender Konsens darüber, daß ohne eine Retablierung des nationalen Selbstbewußtseins und eine moralische Wiederaufrichtung der Franzosen an »ordre und stabilité« in der Innenpolitik ebensowenig zu denken war, wie an »rang« und »grandeur« auf internationalem Parkett ohne zügige Rekonstruktion und Modernisierung der ökonomischen Strukturen und Denkweisen⁴⁶.

Eine Schlüsselrolle für diese Konzeption kam de Gaulle zu, der für sich ein ganz besonderes, im bonapartistischen Sinne direktes Verhältnis zur französischen Nation in Anspruch nahm, welches zusätzlich überhöht wurde durch sein enormes Prestige als »Mann des 18. Juni« und »Befreier Frankreichs«. Für die Perpetuierung seiner »légitimité populaire«, für seine langfristige Durchsetzung als Integrationsfigur gegenüber den sich rekonstituierenden Parteien war er auf die möglichst einhellige Unterstützung durch die Öffentlichkeit⁴⁷ ebenso angewiesen wie für die Verwirklichung der Doppelpriorität von ökonomischer und moralischer Wiederaufrichtung seiner »Grande Nation«. Der Anspruch de Gaulles, dauerhaft im Sinne eines »gaullisme unanime« über die Parteigegensätze hinweg die französische Politik zu bestimmen, machte - zumindest verbale - Rücksichtnahmen und Befriedigungsstrategien gegenüber der öffentlichen Meinung nahezu unabdingbar, erst recht in solchen Bereichen, für die mit einer empfindlichen Reaktion zu rechnen war. Die Bevorzugung der kurzfristig mit sehr viel weniger sozialen und materiellen Härten verbundenen finanzökonomischen Strategie René Plevens gegenüber derjenigen von Pierre Mendès France bildet in diesem Zusammenhang eines der markantesten Beispiele, einerseits für die potentiellen Widersprüche einer gleichzeitigen Umsetzung wirtschaftlicher und moralischer Zielvorgaben in praktische Politik, andererseits für die Notwendigkeit, den Franzosen nicht mehr zuzumuten als unbedingt nötig erschien⁴⁸. Mußte in der Deutschlandpolitik nicht allein schon die Fortsetzung der Kriegsanstrengungen, der Leiden und Entbehrungen der Menschen, die doch gerade das Gegenteil von der Befreiung erhofft hatten, eine an symbolträchtigen Sicherheitsmaßnahmen und handfesten Gegenleistungen orientierte Rhetorik präjudizieren?

Eine ausgeprägte Sensibilität gegenüber Stimmungen der Öffentlichkeit war sämtlichen Politikern zu eigen, Ministern wie Parlamentariern. Allein schon die inhären-

45 Vgl. François BLOCH-LAINÉ, Jean BOUVIER, *La France restaurée 1944-1954*, Paris 1986, S. 49f. u. S. 87-93; Andrew SHENNAN, *Rethinking France. Plans for renewal 1940-1946*, Oxford 1989, S. 12f. u. S. 72ff.

46 Vgl. GIRAULT, FRANK (wie Anm. 20), vor allem die Artikel von GIRAULT, LACROIX-RIZ, FRANK, MARGAIRAZ und DELMAS.

47 Jean-Pierre AZÉMA, *De Munich à la Libération 1938-1944*, Paris 1979, S. 351.

48 Vgl. Brief Plevens an Mendès France, 17.04.45, Service des Archives Economiques et Financières/Paris (SAEF), Papiers Plevens 5 A 7.

ten Zwänge eines politischen Systems, das auch während der Übergangsperiode nach der Libération demokratischen Ansprüchen genügen wollte, konfrontierten sie zwischen Sommer 1945 und Ende 1946 immerhin zehn Mal auf verschiedenen Ebenen, davon dreimal bei Legislativwahlen⁴⁹, mit dem Wähler, forderten somit Rechenschaft über das bisher Erreichte in den verschiedensten Politikbereichen. Dazu gesellte sich für nicht-kommunistische Politiker das Problem des immensen gesellschaftlichen Einflusses der PCF, die nicht nur - bei steigender Tendenz - mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten repräsentierte, sondern deren Anschauungen und Ideen aufgrund des Prestiges als vorgebliche »parti des 75 000 fusillés« weit über Anhänger und Wähler hinaus auf Wohlwollen und Unterstützung stießen. Vor dem Hintergrund einer sozioökonomisch wenig hoffnungsvollen Lage bildete die Stärke der PCF ständigen Anlaß zur Sorge, denn einerseits war eine andere als eine tripartistische Regierung schier undenkbar, zum anderen konnte die kommunistische Partei ihren Stabilisierungskurs jederzeit aufgeben und durch die Aufkündigung des sozialen Friedens die französischen Wiederaufbauprioritäten mit einem Schlag in Frage stellen. Gerade in technischen Ministerien oder auch innerhalb der »bande à Monnet« wurde dieses Risiko überaus hoch veranschlagt. Die »classe politique« sah sich einer Situation gegenüber, in der das »Interesse« an vermeidbaren Zusatzproblemen äußerst gering, die Bereitschaft, Rücksichten - und seien sie nur rhetorischer Art - auf die Bevölkerung zu nehmen und Toleranzschwellen der Öffentlichkeit genauestens auszuloten, äußerst hoch zu veranschlagen war.

Für die breite Öffentlichkeit stellte sich die Zeit zwischen Befreiung und Kriegsende in erster Linie als fortgesetzte Periode allgegenwärtigen Mangels dar, und dies in jederlei Hinsicht: den Freudentaumel und die Hoffnungen der letzten Augustwoche 1944 überlagerte rasch eine deprimierende Realität, die materiell von derjenigen der Vichyzeit weder subjektiv noch objektiv abwich⁵⁰, mit dem gravierenden Unterschied allerdings, daß die Franzosen die Verantwortung für die Misere nicht mehr allein auf die deutschen Besatzer abwälzten, sondern zunehmend auch bei den jetzt Regierenden suchte⁵¹. Die Grundlagen für einen Erfolg der de Gaulleschen Nachkriegsstrategie, in der »Vergangenheitsbewältigung«⁵² und moralische Wiederaufrichtung Voraussetzungen für wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität, diese wiederum Bedingungen für internationalen Rang und Größe der französischen Nation darstellten, waren jedenfalls denkbar ungünstig; das Ausmaß alltäglicher materieller Sorgen und Notlagen⁵³ der Franzosen war zunächst nicht dazu angetan, die »années noires« aus dem kollektiven Bewußtsein zu streichen, Zukunftsangst und Mutlosigkeit zu kompensieren, das nationale Selbstwertgefühl zu heben, Motivationsbereitschaft und Leistungskraft zu fördern, eine Konzentration sämtlicher

49 Vgl. Jacques FAUVET, *La IV^e République*, Paris 1959, S. 45; ebenso Jacques JULLIARD, *La IV^e République 1947-1958*, Paris 1968, S. 40.

50 Vgl. Jean-Pierre RIOUX, »Cette immense joie pleine de larmes«: les Français et le »jour V«, in: Maurice VAÏSSE, *Le 8 Mai 1945. La victoire en Europe*, Lyon 1985, S. 313-335.

51 Vgl. Diskussionsbeitrag von Michel DEBRÉ, in: *La Libération* (wie Anm. 44) S. 875-887.

52 Pointiert zur gaullistischen Art von Vergangenheitsbewältigung im Sinne neuer Mythenbildung Henry ROUSSEAU, *Le syndrome de Vichy 1944-198...*, Paris 1987, S. 25-28 u. S. 100.

53 Zu den psychologischen und politischen Folgen von Hunger, vgl. Günther J. TRITTEL, *Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone 1945-1949*, Frankfurt/M., New York 1990.

Energien auf Wiederaufbau und Produktion zu ermöglichen. Auf der anderen Seite steigerten materielle Zwangslagen sowie immer wieder enttäuschte Hoffnungen die Neigung der Öffentlichkeit, nach Blitzableitern und Ventilen zu suchen, erhöhten somit aber auch die Empfänglichkeit für Instrumentalisierungsstrategien von Regierungsseite.

Diese Konstellation traf sich zwangsläufig mit der Disposition politischer Führungskreise, im offiziellen Diskurs gewisse politische »Zumutbarkeitsgrenzen« der Öffentlichkeit nicht zu überschreiten und inneren Druck nach außen abzulenken⁵⁴. Bot sich die Deutschlandpolitik angesichts der weiterhin ständig präsenten jüngsten Vergangenheit, der langfristig wirksamen nationalen Stereotypen sowie des allgemeinen Klimas dazu nicht förmlich an? Konnte man mit dem ständigen Rekurs auf deutschlandpolitische Maximalpositionen – unabhängig von der Einschätzung ihrer Realisierungschancen – nicht gleichzeitig Ansprüche der Öffentlichkeit befriedigen? Doch wie stand es mit konkreten außen- und deutschlandpolitischen Einstellungen der französischen Öffentlichkeit, mit dem Interesse an solchen Fragen überhaupt? War es eher die Germanophobie der Franzosen, die Suche nach einem Ventil für innenpolitische Unzufriedenheit, das Druckpotential der öffentlichen Meinung, welche die Regierung zu Maximalpositionen veranlaßten, oder waren es eher umgekehrt solche Maximalpositionen, das Ziel einer deutschlandpolitischen Überlagerung innerer Probleme, die einer Bevölkerungsmehrheit »nationalistische Gesinnung« und antideutsche Grundhaltung re-injizierten?⁵⁵ Tatsächlich sollten sich beide Elemente gegenseitig befruchten.

Die globale öffentliche Meinung: Materielle Prioritäten und Mobilisierungsthema »Deutschland«

«... , certaines réactions se sont manifestées à la suite des déclarations du Général de Gaulle en Allemagne. Dans ce département qui a ORADOUR, on est choqué d'entendre parler d'une politique d'indulgence à l'égard de l'Allemagne et d'un plan de reconstruction de ses mines, avant que les nôtres ne soient relevées.»⁵⁶

Die IFOP-Umfragen: Germanophobie und Revanchepolitik

Die Umfragen des 1938 von Jean Stoetzel gegründeten Institut Français de l'Opinion Publique (IFOP) sind für die ersten Nachkriegsjahre mit Vorsicht zu interpretieren. Die ausgewiesenen Prozentzahlen suggerieren zwar die Genauigkeit naturwissenschaftlicher Methoden und legen es nahe, die Ergebnisse mit der öffentlichen Meinung gleichzusetzen, realiter aber sind sie, was Anzahl der Befragten, Vorstrukturierung von Fragen und Antworten sowie Aussagekraft für deutschlandpolitische

54 Ähnlich HANSCH (wie Anm. 15) S. 24 und 78.

55 In diesem Sinne Walter LIPGENS, Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ 24 (1976) S. 136–198 (197f.).

56 Rapport de Préfet (RP), Haute-Vienne, 15.10.45, Archives Nationales Paris (AN) F1cIII 1233.

Einstellungen im Laufe der Zeit anbelangt, durchaus nicht unproblematisch. Dennoch lassen sich die Erhebungen des IFOP sinnvoll einsetzen, betrachtet man sie eher als Tendenzen denn als reales Abbild der öffentlichen Meinung und ergänzt sie durch qualitative Quellenmaterialien⁵⁷.

Die Ergebnisse der IFOP-Meinungsumfragen⁵⁸ decken sich im wesentlichen mit dem Bild französischer Deutschlandpolitik der frühen Nachkriegsjahre, das die Historiographie über Jahrzehnte hinweg zeichnete und wie es eingangs kurz skizziert wurde. Zwar beschäftigen sich die Umfragen nicht mit sämtlichen Teilaspekten des Deutschlandproblems, dennoch sind die Parallelen zwischen traditioneller Sichtweise und den tendenziellen außen- und deutschlandpolitischen Meinungsströmungen der Franzosen beeindruckend.

Forderungen nach Gebietsabtrennungen von Deutschland entsprachen ganz eindeutig dem Mehrheitswillen der Öffentlichkeit. Im November 1944 sprachen sich 75% der Befragten dafür aus, daß Frankreich während der Friedensverhandlungen die endgültige Annexion der Saar und seiner Kohlegruben fordern sollte, nur 15% dagegen⁵⁹. Einen Monat später ging es um das linke Rheinufer, dessen Abtrennung von Deutschland eine massive Mehrheit gegenüber anderen Lösungsvorschlägen vorzog: 63% in Paris und sogar 76% in der Provinz, davon 41% bzw. 48% durch Annexion zugunsten Frankreichs und 22% bzw. 28% durch Etablierung eines unabhängigen Territoriums unter internationaler Kontrolle. Nur 17% der Pariser äußerten ihre Präferenz für den Vorschlag eines mindestens zehn Jahre dauernden militärischen Engagements der Alliierten, 20% für den einer Demilitarisierung Deutschlands; für die Provinz waren es respektive 8% und 13%⁶⁰. In ganz ähnlichen Größenordnungen bewegen sich die Zahlen für die Ruhr. Im April 1946 bevorzugten 71% der Befragten ein von Deutschland separiertes, unter politische und wirtschaftliche internationale Kontrolle gestelltes Ruhrgebiet; ganze 14% favorisierten die andere Antwortvariante, eine Ruhr, deren Industrien unter internationale Wirtschaftskontrolle gestellt, die aber politisch einer deutschen Zentralregierung unterstünde⁶¹. Vier Monate danach sprachen sich noch 63% für die erste, 14% für die zweite Lösung aus⁶², wiederum fünf Monate später, im Januar 1947, lautete das Zahlenverhältnis 64% zu 15%⁶³, hatte sich also kaum verändert.

Klare Entgegnungen erbrachte auch die Frage, ob Deutschland zerstückelt werden sollte: im September 1944 waren 76% der Befragten dieser Meinung⁶⁴, 19% dagegen, im August 1945 befürworteten dies 78% gegenüber 12%⁶⁵.

Was das Problem industrieller Kontrolle anbelangt, so begrüßten im November 1944 91% der Befragten eine alliierte Kontrolle der deutschen Industrie nach

57 Vgl. zur Verbindung quantitativer und qualitativer Aspekte in der Geschichte der öffentlichen Meinung zuletzt BECKER, (wie Anm. 3) S. 167f. u. S. 176f.

58 Ein Teil der im folgenden zitierten außen- und deutschlandpolitischen Umfrageergebnisse findet sich abgedruckt bei SCHREINER (wie Anm. 15).

59 Bulletin d'information de l'IFOP, n°6, 16.12.44, S. 9.

60 Ebd., n°7, 01.01.45, S. 9.

61 Sondages, 16.05.46, S. 125.

62 Ebd., 01.02.47, S. 26.

63 Ebd., 01.04.47, S. 68.

64 Bulletin d'Information, n°2, 16.10.44, S. 10.

65 Ebd., 01.09.45, S. 173.

Kriegsende, davon 10% für solange wie möglich, 21% für immer, 10% für mehr als 50 Jahre, 21% für höchstens 50 Jahre, 17% für höchstens 25 Jahre und 3% für höchstens 10 Jahre⁶⁶. Auf die Frage, ob Deutschland eine »nation agricole« werden oder eine »nation industrielle« bleiben solle, sprachen sich im August 1945 nur 10% für die zweite Lösung aus, dagegen 71% für die erste⁶⁷.

Als eine Hauptsorge der französischen Öffentlichkeit erwies sich die seitens der US-Administration befürchtete Konzilianz gegenüber dem besiegten Deutschland. Im Juni 1945 glaubten nur 9% der Befragten, die Amerikaner würden das deutsche Volk hart genug behandeln, 82% vertraten die gegenteilige Ansicht. Dagegen gingen 48% von einer harten Behandlung durch die Briten aus, bei den Russen waren es sogar 87%⁶⁸. Von der Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes in Stuttgart am 6. September 1946 hatten 61% der Befragten gehört, nur 8% davon billigten sie, 41%, mehr als zwei Drittel derjenigen also, die mit ihrem Inhalt vertraut waren, taten dies nicht⁶⁹.

Einen bedeutsamen Hinweis auf das kontinuierliche Einverständnis der französischen Öffentlichkeit mit den regierungsamtlichen deutschlandpolitischen Positionen stellen mehrere Erhebungen zum politischen Personal zwischen 1945 und 1948 dar, bei denen Außenminister Bidault durchgängig glänzend abschnitt. Sicher war Bidaults Bekanntheitsgrad aufgrund einer fast vierjährigen Amtszeit höher als der anderer Minister; sicher stand der Außenminister in Zeiten ärgster Versorgungspässe prinzipiell weniger im Zentrum fortwährender Kritik als etwa sein Kollege vom Ernährungsressort; doch scheinen sich die Ergebnisse auch – zumindest teilweise – auf seine Präsentation deutschlandpolitischer Themen sowie sein Bild als Garant unverrückbarer deutschlandpolitischer Einstellungen zurückführen zu lassen⁷⁰. Noch kurz vor seinem Rücktritt fielen die Antworten auf die konkrete Frage nach Billigung oder Mißbilligung George Bidaults als Außenminister für ihn ermutigend aus, denn 49% äußerten sich positiv, nur 15% negativ⁷¹.

Der Wunsch nach einer kompromißlosen Deutschland- und Besatzungspolitik spiegelte nicht zuletzt das Sicherheitsbedürfnis der Öffentlichkeit sowie ihr grenzenloser Argwohn gegenüber Deutschland und den Deutschen wider: ganze 10% der Befragten glaubten im Winter 1946/47 an eine künftige Friedfertigkeit Deutschlands⁷². Läßt sich die Tatsache, daß im September 1944 immerhin 59% der Befragten einen Teil der deutschen Bevölkerung – zumeist in die Sowjetunion – deportieren wollte, noch durch den nicht beendeten Krieg und die zunehmend bekannt werdenden Verbrechen der Nazis auch außerhalb Frankreichs erklären⁷³, so deuten doch spätere Erhebungen an, wie sehr die Weltkriegs- und Besatzungsjahre als Katalysator gewirkt haben, um Germanophobie, Mißtrauen und Furcht vor dem östlichen

66 Ebd., n°6, 16.12.44, S. 10.

67 Ebd., 01.09.45, S. 173.

68 Ebd., 16.07.45, S. 140.

69 Sondages, 16.10.46, S. 244.

70 Vgl. Bulletin d'Information, 01.09.45, S. 169; Sondages, 01.11.45, S. 207; ebd., 16.02.46, S. 51; ebd., 01.12.47, S. 243.

71 Ebd., 16.03.48, S. 72.

72 Ebd., 16.02.47, S. 35.

73 Bulletin d'information, n°2, 16.10.44, S. 10.

Nachbarn im kollektiven Bewußtsein endgültig und auf Dauer zu zementieren und wie schwierig es für jede Regierung sein mußte, Erwartungshaltungen der öffentlichen Meinung nach Kriegsende zu befriedigen, deutlich schwieriger jedenfalls als in anderen westlichen Ländern⁷⁴.

Der französischen Außenpolitik – und auch dies bestätigen die Umfrageresultate – galt auch in den ersten Nachkriegsjahren nicht das Hauptinteresse der Franzosen; die schwierige Ernährungslage sowie Bekleidungsprobleme, der Mangel an Brennstoffen im Winter, die zunehmend ungünstigere Preis-Lohn-Entwicklung lagen ihnen zunächst einmal näher⁷⁵. Dennoch wurde sie stärker rezipiert als vielfach angenommen⁷⁶, vor allem aber gab es tatsächlich außenpolitische Mobilisierungsthemen, die das Interesse rasch hochschnellen lassen konnten. Und dazu zählten eben Ereignisse, die im weitesten Sinne mit Deutschland zu tun hatten, sei es mit dessen politischer Behandlung oder seinen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten, sei es mit dessen Lebensstandard oder seiner Vergangenheitsbewältigung, wie die intensiv und leidenschaftlich verfolgten Nürnberger Prozesse offenbarten⁷⁷.

Die Einschätzung, wegen des relativen Desinteresses an außenpolitischen Fragestellungen sei die breite Öffentlichkeit ohnehin automatisch der regierungsamtlichen Deutschlandpolitik gefolgt, habe insofern auch keinen Faktor Entscheidungsfindung gebildet und erkläre hinreichend die Übereinstimmungen von Umfrageresultaten und offizieller Politik, bedarf jedenfalls einer Korrektur. Die Meinungsumfragen des IFOP deuten auf komplexere Wechselwirkungen zwischen dem Eintreten massiver Mehrheiten der Öffentlichkeit für eine Revanchepolitik gegenüber Deutschland und der offiziellen Haltung der französischen Regierung hin, nämlich auf gegenseitige Beeinflussungsmechanismen seit den ersten Monaten nach der Befreiung. Die Präfektenberichte werden dies unterstreichen.

Die Präfektenberichte: Krisenkompensation und Restaurationstrauma

Die Berichte, welche die Präfekten monatlich in bester napoleonischer Tradition aus den verschiedenen französischen Departements über den »état d'esprit« der Bevölkerung an das Innenministerium sandten, sind höchst ergiebige Zeugnisse qualitativer Art zur Erforschung öffentlicher Meinungsströme nach der Befreiung. Sie können sehr viel ausführlicher und nuancierter, nicht zuletzt geographisch differenzierter über die Einstellung der Franzosen zu gewissen Fragestellungen Auskunft geben als die IFOP-Umfragen; darüberhinaus erlauben sie Abschätzungen des Stellenwertes, den ein Problem im Verhältnis zu einem anderen auf Departementebene einnahm.

Dennoch sind auch die Präfektenberichte nicht identisch mit der öffentlichen Meinung der Zeit und methodisch kritisch zu hinterfragen. Hinweise auf die subjektive Auswahl der analysierten Departements⁷⁸ und die für 1947/48 nur bruch-

74 Sondages, 16.02.47, S. 35.

75 Vgl. ebd., 16.02.46, S. 50f.; ebd., 01.08.46, S. 176; ebd., 16.11.46, S. 265.

76 Vgl. ebd., 01.05.46, S. 113.

77 Vgl. ebd., 01.02.46, S. 42; ebd., 01.02.47, S. 27.

78 Die der folgenden Analyse zugrundeliegenden Auswahlkriterien sind zum einen Departements, die Hochburgen der drei großen Parteien der Zeit, PCF, SFIO und MRP, darstellten, zum zweiten solche, in denen deutschlandpolitisch involvierte Minister ihren Wahlkreis hatten, zum dritten die »Grenzde-

stückhafte Überlieferung der Rapports dürfen dabei ebensowenig fehlen wie auf die Ambivalenz von Person und Position der Präfekten: eigene politische Haltungen, opportunistische Erwägungen wegen existierender Verwaltungshierarchien oder persönlicher Karriereperspektiven, taktische Überlegungen aufgrund ihrer Doppelrolle als gleichzeitige Interessenvertreter der Pariser Zentrale und des Departements lassen sich nachträglich als externe Faktoren beim Abfassen der Monatsberichte kaum noch rekonstruieren. Dies relativiert zwar ein wenig den Reichtum der Quellengattung, stellt jedoch den Wert der Präfektenberichte an sich nicht in Frage⁷⁹. Was nun ihre inhaltliche Seite anbelangt, so findet sich eine Vielzahl von Bestätigungen für Sachverhalte, die zunächst einmal als Hypothesen in den Raum gestellt worden waren.

Dies wird ganz besonders deutlich hinsichtlich der mentalen und moralischen Krise des französischen Volkes, deren Tiefe in sämtlichen untersuchten Departements zu eindrucksvollen Schilderungen und Interpretationsansätzen seitens der Präfekten führte. Da wurde die Suche nach rascher Befriedigung⁸⁰, das Streben nach dem schnellen Geld⁸¹, der mangelnde Arbeitseinsatz⁸² und der allgemeine moralische Niedergang angeprangert;⁸³ Egoismus, Apathie und Desinteresse⁸⁴, Pessimismus und Entmutigung⁸⁵, Resignation, Mattigkeit und Unverständnis⁸⁶ seien die hervorstechenden Charaktereigenschaften der Menschen, nicht zuletzt wegen der enttäuschten Hoffnungen auf allgemeine materielle Verbesserungen nach der Libération⁸⁷ und wegen einer nur zu Sorgen und Unzufriedenheit Anlaß gebenden innen- wie außenpolitischen Gesamtsituation⁸⁸. Als tiefere Ursache dieses französischen Seelenzustandes erschien den Präfekten die Vichy-Zeit: diese Jahre der Besetzung und Unterdrückung hätten sich in die Köpfe der Franzosen eingegraben⁸⁹, ihnen jeden Sinn für Verantwortung, für den Nutzen von Freiheit genommen⁹⁰, beim »Français moyen« zu gravierenden Minderwertigkeitskomplexen geführt⁹¹, schließlich dazu, daß er sich in seinem Selbstmitleid, mit seinen Klagen über die schlechte Lage gefalle⁹², anstatt Risiken einzugehen und Initiativen zu ergreifen⁹³. Nicht

partements« in Elsaß-Lothringen, vor allem die von den Nazis de facto-annektierten Bas-Rhin, Haut-Rhin und Moselle, zum vierten Departements, die spezifische Erfahrungen mit den deutschen Besatzern machten, wie etwa Haute-Vienne mit Oradour-sur-Glane. Viele der behandelten Gebiete erfüllen mehrere Kriterien gleichzeitig.

79 Vgl. die quellenkritischen Bemerkungen für die Jahre 1940–1944 von Pierre LABORIE, *L'opinion française sous Vichy*, Paris 1990, S. 36–43.

80 RP, Alpes-Maritimes, 15.06.45, AN F1cIII 1208.

81 RP, Creuse, 16.08.45, AN F1cIII 1216.

82 RP, Belfort, 09.01.45, AN F1cIII 1210.

83 RP, Haute-Savoie, 15.04.45, AN F1cIII 1226.

84 RP, Rhône, 16.03.45, AN F1cIII 1225.

85 RP, Bouches-du-Rhône, 15.01.46, AN F1cIII 1210.

86 So noch über 3 Jahre nach Kriegsende RP, Pas-de-Calais, 05.10.48, AN F1cIII 1307.

87 Vgl. RP, Bouches-du-Rhône, 15.06.45, AN F1cIII 1210; RP, Rhône, 16.02.45, AN F1cIII 1225; RP, Savoie, 16.06.45, AN F1cIII 1226.

88 RP, Moselle, 03.06.47, AN F1cIII 1302.

89 RP, Seine-et-Oise, 29.12.45, AN F1cIII 1228.

90 RP, Haute-Savoie, 15.04.45, AN F1cIII 1226.

91 RP, Charente-Maritime, 10.08. u. 10.10.45, AN F1cIII 1214.

92 RP, Lot-et-Garonne, Janvier/Février 1946, AN F1cIII 1222.

93 RP, Seine-et-Oise, 31.01.46, AN F1cIII 1228.

wenige Präfekten äußerten sich bestürzt über das offenbar geringe Interesse am Schicksal der Nation⁹⁴ oder an der Verfassungsfrage⁹⁵, über das geringe Maß an Verständnis für die Schwierigkeiten der Regierung, rasch und in jederlei Hinsicht aus dem Provisorischen herauszugelangen⁹⁶.

Krise des französischen Selbstbewußtseins, Vertrauenskrise nach innen, aber auch nach außen. Ausnahmslos in allen untersuchten Departements konstatierten die Präfekten gleich nach Kriegsende in der Öffentlichkeit das Bewußtsein, Frankreich sei aufgrund seiner begrenzten Mittel für eine eigenständige Außenpolitik keine Großmacht mehr⁹⁷. Diese Grundhaltung gipfelte in der Furcht, die »Großen Drei« machten ohnehin, was sie wollten⁹⁸, die Angelsachsen würden langfristig politische Konzessionen als Entschädigung für die Befreiung Frankreichs sowie für künftige finanzökonomische Hilfsleistungen verlangen⁹⁹, die französische Wirtschaft unter ihre »emprise« bringen¹⁰⁰, Wahlerfolge der PCF zum Vorwand nehmen, um legitime französische Ansprüche zurückzuweisen¹⁰¹, die Deutschen auf jeden Fall viel zu moderat behandeln¹⁰². Als paradigmatisch kann die Stuttgarter Byrnes-Rede im September 1946 gelten: ausschließlich als Negierung vitaler Sicherheitsinteressen Frankreichs interpretiert, bündelte sie gleichsam die wachsende Beunruhigung der französischen Öffentlichkeit gegenüber der amerikanischen Deutschlandpolitik¹⁰³. Der Eindruck, daß sich offenbar weder Großbritannien und die USA, noch – wie seit dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz vom September/Okttober 1945 mehr und mehr deutlich wurde – die Sowjetunion¹⁰⁴ auf die deutschlandpolitischen Forderungen der Provisorischen Regierung einlassen wollte, traf in der französischen Öffentlichkeit auf absolutes Unverständnis angesichts dessen, was man über vier Jahre zu erleiden hatte¹⁰⁵.

Die fast vorbehaltlose Unterstützung der de Gaulleschen Außenpolitik durch die Öffentlichkeit steht zu diesem Tatbestand keineswegs im Widerspruch, denn der Wunsch der Franzosen, wieder den Rang einer »grande nation« zu erlangen war ungebrochen¹⁰⁶, und de Gaulle schien die einzige Person zu sein, die dies zumindest

94 RP, Alpes-Maritimes, 15.02.45, AN F1cIII 1208.

95 RP, Alpes-Maritimes, 15.08.45, ebd.; RP, Haut-Rhin, 05.04. u. 15.09.46, AN F1cIII 1224; RP, Haute-Savoie, 15.08. u. 15.09.45, AN F1cIII 1226.

96 Vgl. RP, Bouches-du-Rhône, 15.08.45, AN F1cIII 1210; RP, Dordogne, 10.07. u. 10.10.46, AN F1cIII 1217; RP, Moselle, 10.01.47, AN F1cIII 1222.

97 Vgl. RP, Bouches-du-Rhône, 15.07.45, AN F1cIII 1210; RP, Charente-Maritime, 10.06.45, AN F1cIII 1214; RP, Creuse, 16.06.45, AN F1cIII 1216; RP, Meuse, 08.04.46, AN F1cIII 1222; RP, Haut-Rhin, 05.09.45, AN F1cIII 1224.

98 Vgl. RP, Marne, 30.06.45, AN F1cIII 1222; RP, Savoie, 15.12.45, AN F1cIII 1226.

99 RP, Belfort, 01.07. u. 01.08.45, AN F1cIII 1210; RP, Haute-Savoie, 15.09.45, AN F1cIII 1226.

100 RP, Loire, 16.03. u. 16.04.45, AN F1cIII 1220.

101 RP, Marne, 09.12.45, AN F1cIII 1222; RP, Moselle, 04.11.46, ebd.

102 Vgl. RP, Alpes-Maritimes, 18.07.45, AN F1cIII 1208; RP, Bouches-du-Rhône, 16.03.45, AN F1cIII 1210; RP, Savoie, 15.12.45, AN F1cIII 1226.

103 Vgl. RP, Haut-Rhin, Septembre 1946, AN F1cIII 1224; RP, Bas-Rhin, Septembre u. Décembre 1946, ebd.

104 Vgl. RP, Creuse, 15.10. u. 16.11.45, AN F1cIII 1216; RP, Marne, 31.10.45, AN F1cIII 1222; RP, Haute-Savoie, 15.10.45, AN F1cIII 1226; RP, Seine-et-Oise, 15.10.45, AN F1cIII 1228.

105 Vgl. RP, Bouches-du-Rhône, 15.11.45, AN F1cIII 1210.

106 Vgl. RP, Alpes-Maritimes, 18.07.45, AN F1cIII 1208; RP, Doubs, 15.03.45, AN F1cIII 1217; RP, Bas-Rhin, Septembre 1945, AN F1cIII 1224; RP, Savoie, 15.10.45, AN F1cIII 1226.

ansatzweise in die Realität umzusetzen vermochte¹⁰⁷. Das Renomee des »homme du 18 juin« blieb bis zu seinem Rücktritt im Januar 1946 intakt, wohl auch wegen seiner außen- und nicht zuletzt deutschlandpolitischen Stellungnahmen und Rhetorik. Auch unter der Federführung Bidaults blieb das Vertrauen in den offiziellen außenpolitischen Diskurs ungebrochen¹⁰⁸. Das dominante Bewußtsein einer erheblichen machtpolitischen Schwächung in den künftigen internationalen Beziehungen einerseits, die massive Unterstützung einer volontaristischen, am Ziel der langfristigen Rückeroberung verlorenen Terrains orientierten und unabhängigen Außenpolitik repräsentierten zwei Seiten einer Medaille, die Entscheidungsträger während der ersten Nachkriegsjahre in Rechnung zu stellen hatten.

Dies umso mehr als das Interesse der Franzosen – so wie es in den Präfektenberichten zum Ausdruck kommt – an der internationalen Politik offenbar doch größer war als vielfach angenommen. Sicher, ein einheitliches Bild entsteht nicht. Departements, in denen die Präfekten kaum Resonanz auf außenpolitische Ereignisse verspürten¹⁰⁹ stehen solchen gegenüber, in denen sie das Interesse der Bewohner als äußerst lebhaft und sensibel schilderten, was sogar Anlaß zu subtilen Ratschlägen bieten konnte an die Adresse der Pariser Regierung: diese solle doch außenpolitische Gegensätze zu den Alliierten besser propagandistisch ausschlichten, denn die Bevölkerung stünde in solchen Fällen geschlossen hinter ihr, so daß es ein Leichtes sein würde »de passionner les esprits sur de tels thèmes.«¹¹⁰ Von einem generellen Desinteresse an außenpolitischen Fragen im Nachkriegsfrankreich konnte jedenfalls trotz existentiellerer Sorgen der Menschen keine Rede sein.

Darüberhinaus findet sich die These von den außenpolitischen Mobilisationsthemem, wie sie sich bereits in den IFOP-Umfragen andeutete, bestätigt: selbst in Departements und in Zeiten, in denen die Präfekten keinen besonderen außenpolitischen Enthusiasmus departementaler Öffentlichkeiten konstatierten, konnte es zu heftigen Reaktionen kommen, wenn gewisse Ereignisse auf »wunde Punkte« kollektiver Bewußtseinsstrukturen trafen, wenn persönliche Erinnerungen an die »années noires« wieder hochgespült wurden, wenn spezifische Sachverhalte sich nicht mehr in das traditionelle außenpolitische Koordinatensystem einordnen, sich mit Bildern und Stereotypen vom anderen nicht mehr in Einklang bringen ließen. Solche Mobilisierungsschübe prägten das außenpolitische Meinungsklima der breiten Öffentlichkeit sehr viel stärker als die Phasen relativer Gleichgültigkeit, damit aber auch die Perzeption dieses Klimas durch politische Führungsgruppen und dessen Rückwirkungen auf innen- wie außenpolitische Strategien.

Aspekte der französischen und alliierten Deutschland- und Besatzungspolitik bilden für die gesamten Jahre 1944–1950 außenpolitische Mobilisierungs- und Reizthemen allererster Güte. Die ausnahmslos eingeforderte Politik gegenüber dem besiegten Nachbarland entsprach durchweg einer kompromißlosen und unnachgiebigen deutschlandpolitischen Linie, die selbst den regierungsamtlichen Diskurs teilweise in den Schatten stellte. In keinem einzigen der Monatsberichte tauchen

107 Vgl. RP, Loire, 15.12.44, 22.01. u. 16.03.45, AN F1cIII 1220.

108 Vgl. RP, Creuse, 10.07.46, AN F1cIII 1216; RP, Dordogne, 10.07. u. 08.08.46, AN F1cIII 1217; RP, Landes, 10.03.46, AN F1cIII 1219.

109 Vgl. RP, Belfort, 01.07. u. 10.08.45, AN F1cIII 1210.

110 RP, Rhône, 16.06.45, AN F1cIII 1225.

konstruktivere Haltungen auf, mehrfach hingegen Forderungen nach einer Zerstückelung Deutschlands¹¹¹, nach Abtrennung von Rhein, Ruhr und Saar¹¹², nach einem Statut, das es Deutschland nicht erlaube, sich in absehbarer Zeit wiederaufzurichten:¹¹³ eine »rigueur dépourvue de tout sentimentalisme« solle als Leitlinie der Besatzungspolitik gegenüber dem »peuple allemand tout entier« dienen¹¹⁴, die Bestrafung Deutschlands dem Ausmaß seiner Verbrechen entsprechen¹¹⁵.

Gerade solche Verbrechen wirkten als Katalysator latenter Germanophobie. Nachrichten und Augenzeugenberichte über kaum vorstellbare Unmenschlichkeiten in NS-Vernichtungslagern¹¹⁶, Neuigkeiten von der »sauagerie allemande« gegenüber französischen Deportierten¹¹⁷, schließlich die hochschlagenden Emotionen bei deren Rückkehr nach Frankreich angesichts des »état physique lamentable« der einen, konkretisierter Informationen über den Tod anderer, riefen »de violents sentiments de vengeance« in der Bevölkerung wach¹¹⁸.

Diese allgemeinen deutschlandpolitischen Einstellungen wurden von den Präfekten als Erwartungshaltungen der Öffentlichkeit formuliert, als Besorgnis, diese könnten nicht erfüllt werden, als Kritik an Ereignissen und Tatbeständen, die in offensichtlichem Widerspruch zu solchen Erwartungen standen. Eine ständige Quelle von Besorgnis und Kritik bildete der Eindruck eines zu raschen Wiederaufbaus Deutschlands verglichen mit dem französischen¹¹⁹. Genährt wurden sie in erster Linie durch die ausbleibende Regelung der Reparationsfrage¹²⁰, später durch die als zu gering erachteten Quoten und tatsächlichen Lieferungen¹²¹, durch reduzierte und zurückgehaltene Kohlesendungen von der Ruhr¹²², durch den – in Augen der Franzosen – unbefriedigenden Einsatz deutscher Kriegsgefangener für die französische Rekonstruktion¹²³, schließlich, zumal in Elsaß-Lothringen, durch Gerüchte über Nahrungsmittelexporte nach Deutschland als französische »Devisenbeschaffungsmaßnahme« sowie durch angeblich geringere Brotationen schlechterer Qualität im Vergleich zur Saar¹²⁴. Hinzu traten das weitverbreitete Gefühl einer Übervorteilung seitens der Angelsachsen im Verhältnis zu Deutschland, aber auch die wenig ermutigende Beobachtung eines nur schwer in Gang kommenden Produktionsprozesses im eigenen Land.

Sorgen machten sich die Franzosen jedoch nicht nur über einen deutschen Wiederaufbau im ökonomischen Bereich, sondern auch auf mentaler Ebene. Sehr rasch glaubte man zu erkennen, Deutschland erhebe sich moralisch wieder, nutze

111 Vgl. RP, Charente-Maritime, 10.04.45, AN F1cIII 1214.

112 Vgl. RP, Bas-Rhin, Avril 1946, AN F1cIII 1224; RP, Moselle, 16.05.46, AN F1cIII 1222.

113 Vgl. RP, Dordogne, 08.08.46, AN F1cIII 1217.

114 RP, Alpes-Maritimes, 17.05.45, AN F1cIII 1208.

115 RP, Bouches-du-Rhône, 16.04.45, AN F1cIII 1210.

116 Vgl. RP, Charente-Maritime, 10.05.45, AN F1cIII 1214.

117 RP, Bas-Rhin, 30.04.45, AN F1cIII 1224.

118 RP, Haute-Savoie, 15.05.45, AN F1cIII 1226; ähnlich RP, Doubs, 25.05. u. 25.06.45, AN F1cIII 1217; RP, Loire, 19.06.45, AN F1cIII 1220.

119 Vgl. RP, Corrèze, 01.07.46, AN F1cIII 1214; RP, Dordogne, 08.08.46, AN F1cIII 1217.

120 Vgl. RP, Loire, 16.09.45, AN F1cIII 1220.

121 Vgl. RP, Bas-Rhin, Avril 1946, AN F1cIII 1224.

122 Vgl. RP, Creuse, 16.12.45, AN F1cIII 1216; RP, Drôme, 19.12.45, AN F1cIII 1217.

123 Vgl. RP, Marne, 30.04.45, AN F1cIII 1222; RP, Seine-et-Oise, 15.01.46, AN F1cIII 1228.

124 Vgl. RP, Moselle, 15.01. u. 04.11.46, AN F1cIII 1222; RP, Bas-Rhin, Avril 1946, AN F1cIII 1224.

geschickt die Zwistigkeiten zwischen den Alliierten und emanzipierte sich zunehmend von diesen¹²⁵. Auf einhellige Empörung stießen insofern Anfang Oktober 1945 die an sich vieldeutigen, von der Öffentlichkeit allerdings ganz eindeutig interpretierten de Gaulle-Ansprachen in der FBZ¹²⁶ oder die den Angeklagten zugestandenen rechtsstaatlichen Garantien, schließlich die »Milde« der gefällten Urteile beim – auch laut Präfektenberichten – auf immenses Interesse¹²⁷ stoßenden Nürnberger Prozeß¹²⁸. Es scheint nicht übertrieben zu sein, vom Trauma einer zügigen wirtschaftlichen und moralischen Restauration Deutschlands in der französischen Öffentlichkeit zu sprechen, erst recht in einer Zeit, in der die Krise des eigenen nationalen Selbstbewußtseins ebensowenig überwunden war wie die eigenen Wiederaufbau- und Modernisierungspläne für die Wirtschaft realisiert, erst recht angesichts des Gefühls, ein wiedererstarkter östlicher Nachbar werde erneut seiner Aggressionspolitik nachgehen »à laquelle s'ajouterait cette fois un terrible désir de vengeance.«¹²⁹

Deutschlandpolitische Mobilisierungsthemen für die jeweilige departementale Öffentlichkeit hatten ihre Ursprünge nicht immer in Gegebenheiten nationaler oder internationaler Tragweite; sie konnten genauso gut lokal- oder regionalpolitischen Mißständen entspringen, wirkten dann aber auf die »Große Politik« zurück. Ein solches lokal motiviertes Reizthema waren die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, das subjektive Empfinden, sie lebten in den Lagern besser als ihre französischen Wächter¹³⁰, erhielten von den Amerikanern eine Art Vorzugsbehandlung¹³¹, unternahmen täglich Ausbruchversuche und legten unglaubliche »allures d'indépendance« an den Tag¹³². Andere, unterhalb der nationalen Ebene angesiedelten Mobilisierungsthemen stellten Erinnerungsfeste dar, wie sie jährlich in Oradour zum Angedenken an das SS-Massaker vom Juni 1944 stattfanden¹³³, aber eben auch in anderen Departements, um etwa »la résistance du peuple de Dordogne aux Allemands et les repressailles féroces des ennemis« langfristig nicht in Vergessenheit geraten zu lassen¹³⁴. Als Erinnerungen an Krieg, Besatzung und NS-Greueln perpetuierend mußten sich die noch jahrelang immer wieder zu Todesopfern führenden Unfälle durch von Nazis zurückgelassene Minen in den ländlichen Regionen Frankreichs auswirken¹³⁵, oder die Aufdeckung unbekannter Verbrechen. In den Savoyer Alpen hatte das Auffinden der Leichen von 21 Geiseln, welche die Nazis bei

125 Vgl. RP, Loire, 16.09.45, AN F1cIII 1220; RP, Haut-Rhin, 15.09. u. 12.12.46, AN F1cIII 1224.

126 Vgl. RP, Bouches-du-Rhône, 15.10.45, AN F1cIII 1210; RP, Haute-Vienne, 15.10.45, AN F1cIII 1233. Die vollständigen Texte der Reden in Trier, Koblenz, Freiburg, Sasbach und Baden-Baden sind abgedruckt in Charles DE GAULLE, *Lettres, Notes et Carnets (LNC)*, Bd. 6: 1945–1951, Paris 1984, S. 91–98.

127 Vgl. RP, Drôme, 19.12.45, AN F1cIII 1217.

128 Vgl. RP, Charente-Maritime, 10.01.46, AN F1cIII 1214; RP, Meuse, 09.05.46, AN F1cIII 1222; RP, Haut-Rhin, Octobre 1946, AN F1cIII 1224.

129 RP, Creuse, 10.07.46, AN F1cIII 1216.

130 RP, Belfort, 10.02.45, AN F1cIII 1210.

131 RP, Charente-Maritime, 10.02.45, AN F1cIII 1214; ähnlich RP, Moselle, 16.01.45, AN F1cIII 1222.

132 RP, Corrèze, 01.07.46, AN F1cIII 1214.

133 Vgl. RP, Haute-Vienne, Mai 1946, AN F1cIII 1233 u. 04.07.50, AN F1cIII 1333.

134 RP, Dordogne, 14.08.45, AN F1cIII 1217.

135 RP, Bouches-du-Rhône, 10.01.45, AN F1cIII 1210; ähnlich RP, Haut-Rhin, 05.05.45, AN F1cIII 1224.

ihrem Rückzug im August 1944 aus der Umgegend mitgenommen hatten, im Sommer 1945 eine offenbar glaubhafte Androhung von Bewohnern umliegender Orte zur Folge, im Gegenzug 21 in der regionalen Industrie eingesetzte deutsche Kriegsgefangene zu entführen und exekutieren, so daß sich der Präfekt veranlaßt sah, eine zusätzliche Gendarmerieeinheit dorthin zu entsenden, um Akten von Lynchjustiz von vorneherein einen Riegel vorzuschieben¹³⁶.

Die Präfektenberichte für die Jahre 1944–1946 unterstreichen, wie sehr Ereignisse im engeren Wahrnehmungsbereich der Menschen ebenso zur Aufrechterhaltung einer antideutschen Grundstimmung in der französischen Öffentlichkeit beitrugen wie die regierungsamtliche Deutschlandrhetorik auf nationaler Ebene oder die Probleme, auf die Frankreich mit seinen offiziellen Deutschlandpositionen in der internationalen Politik traf. Ein nachdrückliches Engagement für eine möglichst harte deutschlandpolitische Linie durch die öffentliche Meinung offenbart besonders die Heftigkeit der Kritik, die sich einstellte, sobald der Eindruck eines Abweichens von eben dieser, als selbstverständlich erachteten Linie entstand. Im Kontext der Wechselwirkungen von Politik und Öffentlichkeit deuten die Monatsberichte der Präfekten die potentiellen Rechtfertigungsnot und -zwänge an, die ihr ein selbst geringfügiger Wandel des offiziellen Diskurses gegenüber dem »Erbfeind« auferlegen mußte. Mit dem Einschwören auf deutschlandpolitische Maximalpositionen mochte ihre Strategie, die Franzosen ansatzweise von der sozioökonomisch prekären Lage im Lande abzulenken, die Schwierigkeiten im Innern außenpolitisch zu kanalisieren, innenpolitisch kurzfristig aufgehen; außen- und deutschlandpolitisch jedoch verstärkte dies langfristig die Germanophobie einer aufgrund struktureller und evenementieller Faktoren nach der Befreiung weitestgehend antideutschen Öffentlichkeit, verschärfte den ohnehin schon beträchtlichen Erwartungsdruck zusätzlich und brachte die »classe politique« damit mehr und mehr in Zugzwang. Gerade die Monate nach der Befreiung erwiesen sich als Inkubationsphase eines Abhängigkeitsverhältnisses der politisch Verantwortlichen von der öffentlichen Meinung in Fragen der Deutschlandpolitik, dessen hausgemachte Eigendynamik sich im Laufe der Zeit immer schwieriger durchbrechen ließ und letztendlich genau das heraufbeschwor, was mit dem offiziellen Insistieren auf der ausschließlich kompromißlosen Linie hatte vermieden werden sollen: Zusatzprobleme in einer ohnehin problemüberladenen Zeit und Einschränkung der politischen Handlungsspielräume durch gesteigerte Virulenz öffentlicher Germanophobie in Frankreich im Verhältnis zu den angelsächsischen Ländern in den Nachkriegsjahren¹³⁷.

Die Verbote des Kalten Krieges und potentielle Auswirkungen auf französische Sicherheitsstrategien in Westeuropa drangen in den Jahren 1944 bis 1946 nicht in eine breite französische Öffentlichkeit vor. Das »prosojjetische Klima« brach zunächst

136 RP, Savoie, 18.08.45, AN F1cIII 1226.

137 Dem liegt die noch weiter zu untersuchende Annahme zugrunde, im Zusammenwirken mit jeweils völlig anders gelagerten innenpolitischen Problemkonstellationen hätten verschiedenartige Kriegserfahrungen und sich deshalb verschiedenartig entwickelnde Einstellungen gegenüber Deutschland in den öffentlichen Meinungen der drei Westalliierten nach Kriegsende einen entscheidenden Faktor für deren fundamental unterschiedliche Akzeptanzprobleme »zu Hause« gebildet, und somit für deren deutschlandpolitische Ansätze insgesamt. Vgl. dazu allgemein Nachkriegsgesellschaften im historischen Vergleich. Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte, München, Wien 1982.

vereinzelt seit Anfang 1947 auf, eine weite Teile der öffentlichen Meinung erfassende Tendenzwende, die dann allerdings rasch als kaum mehr nuancierter Antikommunismus und Antisowjetismus zutage trat, läßt sich nicht vor der zweiten Hälfte des Jahres 1947 ausmachen¹³⁸. Zuvor bleibt Deutschland der »Feind n° 1«, zuvor sind es vielfach Aspekte des Deutschlandproblems, die außenpolitische Reizthemen für die globale Öffentlichkeit bilden, manchmal Schwierigkeiten mit den Amerikanern, selten jedoch mit den Sowjets. Und auch in der Zeit ab 1947 handelt es sich keineswegs um einen Austausch des »Feindbildes Deutschland« durch das »Feindbild Sowjetunion« in der Bevölkerung, sondern um ein konfliktreiches, da politisch nicht immer leicht zu vereinbarendes Nebeneinander beider Feindbilder. Die Reaktionen der öffentlichen Meinung auf den Ausbruch des Koreakrieges Ende Juni 1950 und deren Wandel im Zuge stärker ins Blickfeld geratender Debatten über einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag ab August/September veranschaulichen dies: die Präfektenberichte offenbaren einen partiellen Perspektivenwechsel von der prioritären Wahrnehmung einer sowjetischen Bedrohung zu Beginn des Koreakonfliktes zu derjenigen einer deutschen Gefahr, sobald eine westdeutsche Wiederbewaffnung auf breiterer Basis diskutiert wurde¹³⁹. In einem Klima zunehmender außen- und verteidigungspolitischer Konfusion¹⁴⁰ waren es nun – bei aller weiterhin bestehenden weltpolitischen Unwägbarkeiten des Koreakrieges selbst – die Risiken einer neuen deutschen Armee, die in den Mittelpunkt des Interesses und der Sorgen der Öffentlichkeit rückten¹⁴¹. Die Debatte um einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag brach so die zeitweise Überlagerung der deutschen durch die sowjetische Gefahr in den Jahren 1948 und 1949 wieder auf und kehrte sie tendenziell um¹⁴²: Erschienen Blockbildung und Systemkonflikt, Umsturz in Prag und Berlinblockade in dieser Periode für die öffentliche Meinung spektakulärer als die deutschlandpolitische Entwicklung seit der Annahme der Londoner Empfehlungen durch die französische Nationalversammlung im Juni 1948, so rüttelte die Vorstellung bewaffneter deutscher Soldaten erneut an den Grundfesten des kollektiven Bewußtseins und ließ den »vieux reflexe anti-allemand«¹⁴³ wieder hervortreten. An dem tiefsitzenden Mißtrauen der französischen öffentlichen Meinung gegenüber Deutschland und den Deutschen hatte sich auch durch die Gründung der Bundesrepublik, durch die Zweiteilung des Landes sowie durch die Neuausformung des internationalen Bezugsrahmens seit Kriegsende zunächst nichts geändert, und die regierungsmäßige Deutschlandrhetorik seit der Befreiung war daran nicht ohne Anteil.

Alles in allem bestätigen die Präfektenberichte einen weitestgehenden Konsens über eine kompromißlose Revanchepolitik gegenüber Deutschland während der ersten Nachkriegsjahre in der französischen Bevölkerung sowie eine latente, rasch mobilisier-

138 Vgl. Jean-Jacques BECKER, avec la collaboration de Catherine SIMON et Jean LOIGNON, Le modèle soviétique et l'opinion française 1944–1949, Colloque »La France en voie de modernisation 1944–1952«, FNSP, 4 et 5 Décembre 1981, 34 S.

139 Vgl. RP, Seine-Inférieure, 02.09., 06.10. u. 09.11.50, AN F1cIII 1320.

140 RP, Meurthe-et-Moselle, 18.08.50, AN F1cIII 1300.

141 Vgl. RP, Haute-Savoie, 08.11.50, AN F1cIII 1320.

142 In diesem Sinne Thérèse BOISCLAIR-SULTANA, La France et le pacte atlantique: Février 1948–Octobre 1950. Aspects de l'opinion, Thèse, Montpellier 1975, S. 281.

143 RP, Seine-Inférieure, 06.10.50, AN F1cIII 1320.

bare antideutsche Grundhaltung über diesen Zeitraum hinaus, die sich eben nicht in erster Linie durch Gewohnheit und Überdruß¹⁴⁴ erklären läßt. Die Annahme einer Dialektik von Forderungen der Öffentlichkeit nach einer Politik der harten Hand und der regierungsmäßigen Haltung, die Vermutung, potentielle Instrumentalisierungschancen hätten dabei im Bedingungsgeflecht von Politik und Gesellschaft, von Innen- und Außenpolitik, eine entscheidende Rolle gespielt, erscheint durchaus plausibel. Eindeutige Nachweise dafür können aber erst die Analyse der Wahrnehmung der öffentlichen Meinung durch deutschlandpolitische Entscheidungszentren erbringen sowie der »nach oben und unten« vermittelnden Darstellungen und Einstellungen verschiedener Presseorgane, eben der veröffentlichten Meinung.

Die veröffentlichte Meinung: Verselbständigte Sprachhülsen und deutschlandpolitische Selbstverständlichkeit

»Nous avons rarement été tendres pour la politique étrangère française ... Mais aujourd'hui M. Georges Bidault devient un peu trop aisément le bouc émissaire ... Et il serait par ailleurs facile à M. Bidault ... de répondre qu'il fait précisément la politique, souvent absurde, que lui impose le rapport des forces en France et les préjugés de ses concitoyens.«¹⁴⁵

Rezeptionsdilemmata zwischen Informations- und Sensationspresse

Die französische Presse nach der Befreiung unterschied sich in nahezu allem von der Vorkriegspresse¹⁴⁶. Von den damals 209 Tageszeitungen erhielten im Sommer 1944 nur 28 wieder eine Lizenz. Durch die vielfältigen Résistance-Blätter lag die Gesamtzahl 1945 mit 179 dennoch sehr hoch. Sie stieg 1946 auf 203 an, um sich in den folgenden Jahren auf 180 im Jahre 1947, 160 im Jahre 1948, 155 im Jahre 1949 und 142 im Jahre 1950 erheblich zu verringern. Die tägliche Auflagenzahl, die 1945 mit 12.1 Millionen Exemplaren nur unwesentlich höher lag als 1940, schnellte 1946 auf 15.1 Millionen, um dann schrittweise bis auf 10.9 Millionen 1950 zu sinken¹⁴⁷. Dabei bildeten wachsende Finanzprobleme, der Teufelskreis aus Preiserhöhung und Leserschwund, der große Schriftsetzerstreik vom Februar 1947 und der Zusammenbruch der Messageries françaises de presse¹⁴⁸ die Hauptursachen, daneben aber auch die Übersättigung einer Öffentlichkeit, deren Informationshunger der Monate nach Befreiung und Kriegsende mehr und mehr gestillt schien¹⁴⁹. Wachsender Konkur-

144 BUFFET (wie Anm. 15) S. 22.

145 Claude Bourdet, Parler aux peuples, in: Combat, 05.06.48.

146 Yves GUILLAUMA, La presse en France, 2.Aufl., Paris 1990, S. 18.

147 In Paris reduzierte sich die Anzahl der Tageszeitungen zwischen 1946 und 1949 von 28 auf 16. Zahlen aus Claude BELLANGER e. a., Histoire de la presse française, Bd. 4: de 1940 à 1958, Paris 1975, S. 356 f.; Jean-Marie CHARON, La presse en France de 1945 à nos jours, Paris 1991, S. 94.

148 Vgl. BELLANGER (wie Anm. 147) S. 346–350.

149 Vgl. Jacques LEAUTÉ, L'opinion publique d'après le tirage des journaux, in: La NEF n° 67/68 (1950): La presse, IV^e pouvoir 1944–1950, S. 72–82 (75).

renzdruck und verschärfter Kampf um die Leserschaft bei zunehmender finanzieller Abhängigkeit veränderten darüberhinaus den Charakter vieler Zeitungen: von Ausnahmen abgesehen setzten sich eine deutlichere Orientierung am vorgeblichen Geschmack des Lesers, am kleinsten gemeinsamen politischen Nenner der »grand public« sowie eine spürbare Akzentuierung von Informationspräsentation und Sensationsberichterstattung auf breiter Front durch¹⁵⁰.

Die Bedeutung der Tageszeitung, anfechtbar als »source unique«, doch unersetzlich als »source complémentaire«¹⁵¹, für die Erforschung öffentlicher Meinung beruht auf ihrer Vermittlerrolle, die sie »nach unten« gegenüber der globalen Öffentlichkeit sowie »nach oben« gegenüber dem politischen Führungspersonal innehat. Die einzelnen Zeitungen nehmen Transmissionsfunktionen einerseits direkt wahr durch die Auswahl und Weitergabe von Informationen sowie durch die Verbreitung einer genuinen politischen Grundhaltung, andererseits indirekt durch das Bild, das sich Leser in politischen und sozioökonomischen Führungspositionen von Verbreitungsgrad und Repräsentativität des »Blattes« machen¹⁵². Insofern spiegeln Zeitungen nicht nur öffentliche Meinung wider, sie formieren diese gleichzeitig mit, wenn auch in unterschiedlichem Maße, je nach Leserkreis, eigenem Anspruch, politischer Ausrichtung oder finanziellem Abhängigkeitsgrad; in jedem Fall fördern sie Erkenntnisse über den »état de l'esprit public« zu einem bestimmten Zeitpunkt zutage¹⁵³.

Die untersuchten Zeitungen¹⁵⁴ erlauben ebenso wie die Monatsberichte der Präfekten für die breite Öffentlichkeit Aussagen über die Bedeutung der Deutschland-

150 Vgl. Jacques DUHAMEL, *Propagande organisée et démocratie libérale*, in: ebd., S. 83–90 (88).

151 Jacques KAYSER, *L'historien et la presse*, in: RH 218 (1957) S. 284–309 (284).

152 In Anlehnung an GROSSER (wie Anm. 15) S. 161.

153 RENOUVIN (wie Anm. 26) S. 252.

154 Neben den Zeitungen der drei großen Parteien, L'Humanité für die PCF, Le Populaire für die SFIO und L'Aube für den MRP, der meistgelesenen Wirtschaftszeitung Les Echos sowie dem Figaro, die allesamt schon in der Zwischenkriegszeit existierten, wurden fünf weitere, direkt aus der Résistance hervorgegangene zu einer systematischen Untersuchung herangezogen: der sich dem äußeren Widerstand zugehörig fühlende France-Soir, die »unabhängigen« Paris-Presse und Parisien Libéré, der eher linke Combat sowie der eher rechte L'Aurore. Darüber hinaus die im Dezember 1944 gegründete Le Monde. Sie wiesen folgende Auflagen auf:

	Jan. 45	Dez. 45	Apr. 47	Jan. 48	Jan. 49
L'Humanité	326	520	450	450	310
France-Soir	264	380	578	640	627
Le Populaire	235	274	159	140	85
Le Figaro	231	–	399	410	380
Parisien-Libéré	222	322	340	420	387
Paris-Presse	200	–	478	500	472
Combat	185	–	128	126	–
Le Monde	150	–	174	180	170
L'Aube	148	143	125	100	70
L'Aurore	90	95	205	270	314
Les Echos	–	–	23	–	–

Zahlen in 1000, zusammengestellt nach BELLANGER (wie Anm. 147) S. 300 u. S. 357; Pierre DENOYER, *La presse contemporaine. Cours de l'Institut d'Etudes Politiques 1947–1948*, Paris 1948, S. 105; Jean MOTTIN, *Histoire politique de la presse 1944–1949*, Paris 1949, S. 139–142. Die genannten elf Zeitungen wurden für die Jahre 1944–1946 systematisch, für die Jahre 1947–1950 anhand von Stichproben untersucht, auf eine Auswertung regionaler Tageszeitungen wurde dagegen für diesen Artikel verzichtet.

und Besatzungspolitik im Rahmen der Tagesaktualitäten insgesamt sowie über quantitative Veränderungen dieses Stellenwerts im Laufe der Zeit für die jeweilige Zeitung, vielleicht für die veröffentlichte Meinung im ganzen. Auf der anderen Seite erfordert die Materialmenge eine Konzentration auf engere deutschlandpolitische Fragestellungen. Aspekte, die im vorgestellten Interpretationsmuster zwar nicht weniger bedeutsam sind, aber primär bestätigen, was bereits in den IFOP-Erhebungen sowie den Präfektenberichten ausführlicher zur Sprache kam, werden nur noch in aller Kürze angedeutet: so die durchgängig in allen Zeitungen anzutreffende Wahrnehmung einer latenten moralischen Krise des französischen Volkes durch Journalisten und Intellektuelle verschiedenster Provenienz¹⁵⁵ oder die ebensohäufige Dialektik von einem überall Unterstützung findenden »grandeur«-Anspruch der französischen Politik, desillusionierenden Realitäten und einer trotzigen »jetzt-erst-recht-Mentalität«¹⁵⁶.

Ganz besondere klimaprägende Wirkungen sind den Unmengen an Berichten über Nazi-Verbrechen und deren Folgen zuzuschreiben, die als deutschlandpolitische Mobilisierungsthemen sämtliche Gazetten im Zeitraum 1944/46 wie ein roter Faden durchzogen: zu den vorherrschenden Deutschland-Themen gehörten Schilderungen aus NS-Vernichtungslagern, die Rückkehr französischer Deportierter in die Heimat, die Ausbeutung Frankreichs während der Besatzung, die Zerstörungswut der Nazis während ihres Rückzugs, Spekulationen über Hitlers Privatleben und Tod, über seine Tagebücher und Korrespondenzen, die Auffindung deutscher Folterknechte und deren Prozesse oder Gedenkfeiern für Opfer von Krieg und Besatzung. Herangehensweise, Sprachebene und Stil solcher Artikel variieren von Zeitung zu Zeitung, von Journalist zu Journalist, die einen – trotz der Monstrosität der beschriebenen Untaten – eher sachlich, differenziert, abwägend im Urteil, die anderen eher reißerisch, generalisierend und rasch mit eindeutigen Schuldzuweisungen zur Hand. Doch unabhängig davon bleibt für die Ergründung des Meinungsklimas die Fülle solcher Artikel entscheidend, die auch intellektuell anspruchsvollere oder deutschlandpolitisch moderatere Zeitungen veröffentlichen mußten, somit allein durch die Erfüllung journalistischer Informationspflichten den antideutschen Konsens der breiten Öffentlichkeit ebenso mitprägten wie die Wahrnehmung dieser Stimmung durch die Regierenden.

Ähnliche Konsequenzen dürften die unzähligen Reportagen über die besetzten Gebiete noch während der letzten Kriegsmonate, dann über die Politik der Franzosen in ihrer Besatzungszone, über die Reaktionen der Deutschen darauf sowie deren Umgang mit der NS-Vergangenheit gezeitigt haben: kaum eine Zeitung ohne eigenen »Zonenberichterstatte«, der Eindrücke über Deutschland und die Deutschen in Serien oder Einzelreportagen nach Paris übermittelte. Dabei reihte sich der Grundtenor der Schilderungen zumeist nahtlos in die allgemeine Germanophobie der Zeit ein: die Deutschen glaubten weiterhin an Hitler und strickten schon an der Hitlerlegende, sähen ihre Verantwortung für Krieg, Elend und die eigene aktuelle

155 Vgl. z. B. François Mauriac, *La crise morale*, in: Le Figaro, 04.07.45; André Siegfried, *Ressaissons-nous*, in: Le Figaro, 07.08.45.

156 Vgl. etwa Maurice Schumann, *Puissance, grandeur, mission universelle*, in: L'Aube, 28./29.10.45; Paul Bastid, *Fierté et grandeur*, in: L'Aurore, 19.06.45; Philippe Barrès, *Le rôle de la France*, in: Paris-Presse, 16.02.45.

Lage nicht ein und bereiteten bereits heimlich eine Revanche vor, verhielten sich zwar jetzt ruhig und korrekt, kooperativ bis unterwürfig, doch dies sei nichts als Opportunismus und Berechnung; vom »ewigen Deutschen« wurde ebenso berichtet wie vom »wahren Deutschland«, das sich hinter dem freundlichen Lächeln schamloser Mädchen verberge. Hinsichtlich der Lebensbedingungen in Frankreich und Deutschland komparatistisch angelegte Artikel gelangten zu dem Urteil, die Menschen in Paris seien schlechter ernährt als die Berliner¹⁵⁷, die Deutschen behielten einfach die von ihnen zusammengestohlenen Güter, während es den Franzosen an Allem mangle¹⁵⁸, sie empfangen mehr Ruhrkohle als das von ihnen ausgeplünderte Frankreich¹⁵⁹, Einschätzungen jedenfalls, die dem Gerechtigkeitsinn der Öffentlichkeit zwangsläufig empfindlich zuwiderliefen.

Anti-Reich-Konsens und Wirtschaftssuprematie

Was nun die konkrete französische Sicherheitspolitik gegenüber dem östlichen Nachbarn anbelangt, so dominierten in den Jahren 1944 bis 1946 – abgesehen von den Konflikten Frankreichs mit den »Großen Drei« – zwei Aspekte in Berichterstattung und Kommentaren: zum einen das Problem der deutschen Einheit und die Frage nach Gebietsabtrennungen von Ruhr, Rheinland und Saar; zum zweiten die Reparations- und Kohlepolitik, und damit das Dilemma des deutschen Wiederaufbaus im Verhältnis zum französischen.

»Plus de Reich centralisé!¹⁶⁰ Mit dieser de Gaulleschen Maxime für eine künftige staatliche Neuordnung Deutschlands konnten sich die hier analysierten Zeitungen ohne Ausnahme problemlos identifizieren, nicht zuletzt deshalb, weil sie breite Interpretationsspielräume erlaubte, sowohl was den Dezentralisierungsgrad, als auch die Art territorialer Abtrennungs- bzw. Internationalisierungsbestrebungen angeht.

Dementsprechend unterschiedlich sind die Positionen, dementsprechend unscharf häufig die benutzten Begrifflichkeiten. Während sich Le Populaire explizit gegen »démembrement« oder »morcellement« Deutschlands wendete¹⁶¹, da er dies einer langfristigen Friedenssicherung für eher abträglich hielt, formulierten Paris-Presse und L'Aurore in dieser Frage die dezidierten Gegenpositionen: seit Sommer 1944 trat Paris-Presse-Direktor Philippe Barrès konstant und konsequent für deutschlandpolitische Maximalpositionen ein, so auch für ein »Allemagne divisée«¹⁶², für eine Veränderung der politischen und moralischen Lebensbedingungen Deutschlands »en la décentralisant, en détruisant l'unité établie par les Prussiens«;¹⁶³ auch im Aurore sprangen Häufigkeit und Vehemenz ins Auge, mit denen er gegen ein

157 France-Soir, ohne Autor (oA), 13.06.45.

158 Yves Delbars, En faisant l'inventaire d'une maison nazie ..., in: Paris-Presse, 17./18.06.45.

159 Georges Cogniot, Hommes de gouvernement, in: L'Humanité, 05.12.45.

160 Charles DE GAULLE, Mémoires de guerre, Bd. 3: Le salut 1944–1946, Paris 1959, S. 57.

161 Vgl. Daniel Mayer, Le socialisme et l'Allemagne, in: Le Populaire, 10.10.44; Charles Dumas, De Québec à Moscou, in: ebd., 11.10.44; Grumbach réaffirme la position socialiste, in: ebd. (oA), 23.10.46.

162 Philippe Barrès, Diviser l'Allemagne, in: Paris-Presse, 02.02.45; Ders., La France devant le problème allemand, in: ebd., 09.04.46.

163 Ders., Modifier le milieu allemand, in: ebd., 27.02.45.

»Allemagne unie«¹⁶⁴, eine »récentralisation«¹⁶⁵, ein »IV^e Reich«¹⁶⁶, gegen eine »centralisation prussienne et hitlérienne«¹⁶⁷ zu Felde zog.

Zwischen diesen Polen lassen sich vielfältige, teilweise in sich widersprüchliche Aussagen und Formulierungen antreffen. Dem Populaire nahekommend sprach sich auch Combat gegen ein »découpage artificiel et dangereux«¹⁶⁸ aus, aber gleichzeitig gegen die Etablierung eines »gouvernement central en Allemagne« und für eine »formule fédéraliste«;¹⁶⁹ aufgrund der als gering eingeschätzten Durchsetzungschancen der offiziellen französischen Haltung verhielt sich der Parisien Libéré ablehnend gegenüber einem »découpage«¹⁷⁰, hatte jedoch andererseits nichts einzuwenden gegen eine beginnende »désintégration du Grand Reich« in der amerikanischen Besatzungszone und gegen die Ermutigung einzelstaatlicher Partikularismen;¹⁷¹ gleichermaßen utopisch erschien France-Soir ein »démembrement« Deutschlands¹⁷², veröffentlichte allerdings auf der anderen Seite Artikel angelsächsischer Politiker oder Journalisten, die in ihren Ländern gerade als Protagonisten einer extremen Dezentralisierung galten¹⁷³. Der Figaro stellte bei Kriegsende sehr weitreichende Forderungen bis hin zur Zerstörung der deutschen Einheit auf¹⁷⁴, André François-Poncet sprach sich im November 1945 gegen ein »Reich unitaire et centralisé« aus und brachte die deutsche Geschichte des letzten Jahrhunderts auf die Formel »Pangermanisme égale unitarisme. Unitarisme égale pangermanisme«¹⁷⁵; fünf Monate danach lehnte er die Gleichsetzung von »unité« und »centralisation« ab, befürwortete stattdessen als Zielvorgaben einen deutschen »fédéralisme«, »une organisation fédérative du Reich«, eine »fédération allemande«, eine Organisation Deutschlands »sur une base fédéraliste«¹⁷⁶, Ausdrücke, die juristisch keineswegs synonym sind, Abstufungen kennzeichnen von staatenbundlichen bis zu bundesstaatlichen Beziehungen zwischen den Gliedstaaten. Trotz ihrer Skepsis gegenüber Zerstückelungsvorhaben, unterstützten alle vier – anders als Léon Blum im Populaire¹⁷⁷ – die regierungsamtliche Ablehnung von Zentralverwaltungsstellen mit deutschen Staatssekretären im Alliierten Kontrollrat nachdrücklich¹⁷⁸. Dies gilt in glei-

164 Jean Piot, Refaire »une Allemagne«?, in: L'Aurore, 31.10.45.

165 La récentralisation de l'Allemagne?, in: ebd. (oA), 06.12.45.

166 Jean Piot, Non! Le plan Molotov ne met pas l'Allemagne »hors d'état de nuire«, in: ebd., 12.07.46.

167 Ders., Gretchen et les prétendants, in: ebd., 07.09.46.

168 Marcel Gimont, La paix des vainqueurs et la vraie paix, in: Combat, 22.11.44.

169 Editorial, in: ebd. (oA), 10.05.45.

170 Marc Blancpain, L'immense tâche de la paix, in: Le Parisien-Libéré, 01.11.44.

171 N.-L. Ignatieff, L'œuvre de Bismarck et de Hitler détruite, in: ebd., 28.09.45.

172 Robert Salmon, Le sort de l'Allemagne, in: France-Soir, 10./11.12.44.

173 Walter Lippmann, Le problème allemand. Une seule solution: rétablir une Bavière, une Saxe, un Hanovre indépendants, in: ebd., 18.07.45; Sumner Welles, Il ne faut pas contrecarrer la politique française vis-à-vis de l'Allemagne, in: ebd., 17.08.45.

174 Vgl. Wladimir d'Ormesson, Le »grabuge« allemand, in: Le Figaro, 11.04.45; Le sort de l'Allemagne, in: ebd. (oA), 15.05.45; Contre l'unification prussienne, in: ebd. (oA), 23.05.45.

175 André François-Poncet, Allemagne de demain, in: ebd., 09.11.45.

176 Ders., Le fédéralisme. Clef de l'Allemagne, in: ebd., 09.04.46; Ders., Les Quatre et l'Allemagne, in: ebd., 05.05.46.

177 Léon Blum, La tension franco-américaine, in: Le Populaire, 02./03.12.45.

178 P.F. Carus, La France demande à ses Alliés de régler une fois pour toutes le problème de la Ruhr et de la Rhénanie, in: Combat, 18.10.45; JMJO, Non, ce n'est pas la France ..., in: Le Figaro, 19.10.45; Guy Cardailhac, Le problème de l'unité allemande, in: Le Parisien Libéré, 16.10.45; Jean-Daniel

cher Weise für die beiden anderen Parteizeitungen des »tripartisme«: die kommunistische *L'Humanité* wehrte sich vehement gegen die Wiederherstellung eines »Allemagne centralisée et par là dangereuse«¹⁷⁹; *L'Aube* als Organ des christdemokratischen MRP verriet zwar seine Zweifel gegenüber einem »morcellement«¹⁸⁰, aber ebenso seinen Argwohn gegenüber einer »unité bismarckienne«¹⁸¹ oder einem »IV^e Reich«¹⁸², war im übrigen der Meinung, Deutschland werde um ein »partage tout court« nicht herkommen¹⁸³. Selten und zurückhaltend äußerte sich *Le Monde* zu diesem Thema, gestand frühzeitig Teilungskonzeptionen nur noch ein »intérêt rétrospectif« zu, da allein technische Notwendigkeiten Wiedervereinigungstendenzen des viergeteilten Deutschlands unumgänglich machten¹⁸⁴.

Babylonische Sprachverwirrungen, innere Widersprüchlichkeiten und mangelnde Konkretisierungen selbst innerhalb ein und desselben Artikels, wenn es einem Autor darum ging, der Zielvorstellung einer möglichst weitgehenden Dezentralisierung in Deutschland Ausdruck zu verleihen, deuten darauf hin, daß die genannten Begriffe und Formeln weder im Sinne klar umrissener staats- oder völkerrechtlicher Definitionen verwendet, noch unzweideutige politische Forderungen mit ihnen verbunden wurden¹⁸⁵. Vielmehr standen sie – und dies bildet in der Tat den gemeinsamen Nenner – für die Furcht vor einem von Preußen dominierten deutschen Zentralstaat, der in französischer Sicht fast automatisch in neuerliche Hegemoniebestrebungen und Militarismus seitens des östlichen Nachbarn münden müsse; sie standen damit letztlich für ein in Frankreich weitverbreitetes Deutschlandbild, demzufolge der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg als unausweichliches Resultat der preußisch-deutschen Reichseinheit von 1870/71 und Hitler als konsequenter Nachkomme Bismarcks und Wilhelms II. erschien¹⁸⁶, die Zerstörung des »preußischen Zentralismus« als wesentliche Vorbedingung dafür galt, daß Deutschland künftig »hors d'état de nuire« blieb und die Franzosen ihr Sicherheitsbedürfnis befriedigt sahen. Im Grunde genommen spiegelten die journalistischen Unklarheiten in der Grauzone zwischen Zerstückelung und Föderalismus die häufig nur rhetorisch überwölbten Unsicherheiten französischer Deutschlandkonzeptionen wider, repräsentierten insofern die Stütze einer eben noch nicht feststehenden und eindeutigen Haltung der Provisorischen Regierung, drohten somit allerdings, langfristig zu verselbständigten Sprachhülsen zu werden, die in der Wahrnehmung der Leser klareren Positionen entsprachen als dies realiter der Fall war: gerade vor dem Hintergrund eines regierungsamtlich geförderten antideutschen Meinungsklimas bestand die Gefahr, offizielle Forderungen nach einer »décentralisation administrative« tendenziell eher weit als eng zu interpretieren, sowohl von der breiten Öffentlichkeit als auch den Entscheidungsträgern selbst.

Jurgensen, *La France accepterait une administration centrale de l'Allemagne si ...*, in: *France-Soir*, 08.12.45.

179 Georges Cogniot, *Sécurité française d'abord!*, in: *L'Humanité*, 05.04.46.

180 E. Coornaert, *Comment assurer notre sécurité?*, in: *L'Aube*, 04.01.45.

181 Maurice Schumann, *De bonnes frontières*, in: ebd., 25.11.44.

182 Ders., *Le IV^e Reich est-il né?*, in: ebd., 31.10.45.

183 N. Spoulser, *Le sort futur de l'Allemagne*, in: ebd., 15.09.44.

184 René Laurent, *Partage de l'Allemagne*, in: *Le Monde*, 14.07.45.

185 Symptomatisch die Artikel François-Poncets im *Figaro* (wie Anm. 176).

186 Vgl. etwa Henning KÖHLER, *Das Ende Preußens in historischer Sicht*, Berlin 1982, S. 75 f.

Ein solcher Mechanismus läßt sich ähnlich für die Positionen der Tagespresse bezüglich politischer Abtrennungen deutscher Territorien sowie des künftigen Status Deutschlands feststellen; auch in dieser Frage sind Ambivalenzen unübersehbar, stößt man auf inhaltlich wenig konkretisierte, offenbar dem offiziellen politischen Diskurs entlehnte Formulierungen und Strategien.

In seiner deutlich stärkeren Gewichtung von Elementen kollektiver Sicherheit gegenüber territorialen Garantien gebührt dem *Populaire* wiederum eine Sonderstellung¹⁸⁷. Er plädierte für eine ökonomische Internationalisierung der Ruhr ohne politische Abtrennung von Deutschland¹⁸⁸ sowie für eine internationale militärische Kontrolle des Rheinlandes mit französischer Sonderstellung¹⁸⁹. Der Rhein sollte zwar die künftige strategische Grenze Deutschlands bilden, die linksrheinischen Gebiete jedoch langfristig autonom sein und nur für einen noch nicht fixierten Zeitraum politisch, ökonomisch und militärisch der Reichsregierung entzogen werden.

In der Ruhrfrage sprach sich neben dem Organ der SFIO nur noch *Combat*¹⁹⁰ für eine rein ökonomische Internationalisierung aus, alle anderen plädierten für eine damit einhergehende politische Abtrennung von Deutschland¹⁹¹. Zum Saarproblem finden sich nur wenige Hinweise in der Presse, was dessen Stellenwert im Verhältnis zur Ruhr unterstreicht:¹⁹² *L'Aube*, *L'Aurore* und *Paris-Presse* äußerten sich ausdrücklich im Sinne einer politischen Abtrennung der Saar, *Le Monde* forderte eine Rückkehr der Saar nach Frankreich¹⁹³. Der Annexionsbegriff stößt auf die Saar bezogen ebenso auf einhellige Ablehnung wie bei den anderen in Frage stehenden Gebieten.

Ausnahmslos wiesen die untersuchten Zeitungen dem Rhein die Rolle einer künftigen politisch-strategischen Grenze für Frankreich zu, was immer das auch heißen mochte¹⁹⁴. Ebenso wie der *Populaire* lehnte allerdings *Combat* eine politische

187 Vgl. Vincent Auriol, *La sécurité française*, in: *Le Populaire*, 18./19.02.45; Ders., *Le vrai réalisme*, in: ebd., 20.02.45.

188 Oreste Rosenfeld, *Le charbon de la Ruhr*, in: ebd., 12.03.46.

189 Charles Dumas, *La sécurité française ...*, in: ebd., 14.12.44.

190 Editorial, in: *Combat* (oA), 11.09.45.

191 Vgl. Gardien vigilant ..., in: *L'Aube* (oA), 09.04.46; Jean Piot, *Des frontières? Non: des limites*, in: *L'Aurore*, 06.12.45; *Ruhr*, in: *Les Echos* (oA), 22.12.45; *Ce que le monde doit comprendre*, in: *Le Figaro* (oA), 01.11.45; Pertinax (= André Géraud), *Les Trois diront à Potsdam ...*, in: *France-Soir*, 17.07.45; Georges Cogniot, *Rétablir l'Allemagne en selle*, in: *L'Humanité*, 13.12.45; *Le discours de M. Bidault*, in: *Le Monde* (oA), 09.04.46; Georges Bernier, *Qui perd gagne*, in: *Le Parisien-Libéré*, 12.07.46; Raymond Henry, *Y-a-t-il un projet de compromis allié sur la Ruhr?*, in: *Paris-Presse*, 21.12.45.

192 Vgl. Alan MILWARD, *The economic reconstruction of Western Europe 1945–1951*, London 1984, S. 143 f.

193 Maurice Schumann, *Plus jamais ça!*, in: *L'Aube*, 09.01.45; Piot (wie Anm. 167); Philippe Barrès, *La France devant le problème allemand*, in: *Paris-Presse*, 09.04.46; James Donnadiou, *La Sarre unie à la France constitue un facteur de paix*, in: *Le Monde*, 15.05.45.

194 Vgl. Schumann (wie Anm. 193); Jean Piot, *Une ou plusieurs Allemagnes?*, in: *L'Aurore*, 21.07.45; Marcel Gimont, *Le problème allemand*, in: *Combat*, 10.12.44; Yalta, in: *Les Echos* (oA), 16.02.45; François Mauriac, *La frontière du Rhin*, in: *Le Figaro*, 13.02.45; Robert Salmon, *L'Angleterre et le Rhin*, in: *France-Soir*, 22.02.45; Cogniot (wie Anm. 191); *Avant la Conférence*, in: *Le Monde* (oA), 02.02.45; Jean Forgue, *La diplomatie française face aux problèmes internationaux*, in: *Le Parisien-Libéré*, 17.03.45; Philippe Barrès, *Pas de sécurité collective sans une France maîtresse du Rhin*, in:

Abtrennung des Rheinlandes zugunsten einer permanenten, zunächst internationalen, später französischen Kontrolle des Gebiets ab¹⁹⁵. Die übrigen Zeitungen dagegen befürworteten eine solche politische Abtrennung des Rheinlandes¹⁹⁶ oder Rheinland-Westfalens¹⁹⁷, teilweise in Verbindung mit einer internationalen Kontrolle¹⁹⁸. Während diese Position beim Figaro im Laufe des Jahres 1946 zusehends abbröckelte¹⁹⁹, trat der Rhein in Le Monde fast völlig hinter dem alles dominierenden Ruhrkohleproblem zurück.

Für die Jahre 1944 bis 1946 läßt sich demnach eine breite Übereinstimmung von Presseorganen und offizieller Politik hinsichtlich einer Abtrennung von Ruhr, Saar und Rhein bis hin zur dies zum Ausdruck bringenden Wortwahl konstatieren, sieht man vom Populaire und Combat einmal ab. Interessanterweise waren es allerdings gerade diese beiden, die auf potentielle taktische Bedingtheiten der regierungsamtlichen Haltung hinwiesen²⁰⁰ bzw. darauf, daß etwa an der Ruhr »la gestion économique soit pratiquement inséparable du gouvernement politique«²⁰¹, was erneut die begrifflichen Unschärfen in der Abtrennungsdiskussion untermauert, den tatsächlichen Gegensatz zwischen politischer und ökonomischer Internationalisierung relativiert, den Bogen vom Problem territorialer Garantien an sich zur Frage nach der sinnvollsten Verhandlungsstrategie im diplomatischen Verkehr schlägt sowie Motivationshintergründe von Maximalpositionen signalisiert²⁰², die in ihrer Interpretation offenbar komplexer waren, als es der damalige Blick auf die jüngste Vergangenheit allein plausibel erscheinen ließ.

In der Wirtschafts- und Reparationspolitik gegenüber Deutschland diente durchweg der als höchst legitim erachtete Anspruch Frankreichs auf Entschädigung für die Ausplünderungspolitik der Nazis während des Krieges als Argumentationsbasis. Die Forderungen nach ökonomischer und industrieller Entwaffnung sowie nach Nutzung des deutschen Potentials für den französischen und europäischen Wiederaufbau finden sich allenthalben, jedoch mit deutlich unterschiedlichen Akzentsetzungen von Zeitung zu Zeitung, im Figaro und Le Monde sogar von Autor zu Autor. So setzten sich Les Echos im Sinne Morgenthauseher Vorstellungen für die Ruinierung der deutschen Industrie und die Schaffung einer »nation essentiellement agricole« ein, Jean Maroger in Le Monde für einen Transfer von Fabriken außerhalb Deutschlands und die Etablierung eines »pays de mineurs et d'agriculteurs«, Wladimir d'Ormesson im Figaro für die Ausschaltung der deutschen Industrie als allerwichtig-

Paris-Presse, 23.02.45; Charles Dumas, La politique extérieure de la France doit être définie, in: Le Populaire, 15.11.44.

195 Gimont (wie Anm. 194).

196 Ce que le monde (wie Anm. 191); Georges Cogniot, Le Conseil des Ministres confirme ..., in: L'Humanité, 06.04.46; James Donnadiou, Les controverses d'hier autour de la garde au Rhin, in: Le Monde, 11.01.45; Francis Annyvon, Une Rhénanie détachée de l'Allemagne, in: Le Parisien-Libéré, 04.09.45; Après les entretiens ..., in: Paris-Presse (oA), 23.11.45.

197 Maurice Schumann, Continuité, in: L'Aube, 27.03.46; Le discours de Georges Bidault, in: L'Aurore (oA), 09.04.46; Rhin, in: Les Echos (oA), 12.12.44.

198 So beim Figaro, bei France-Soir, beim Parisien-Libéré und bei Paris-Presse.

199 André François-Poncet, Devant le problème allemand, in: Le Figaro, 23./24.06.46.

200 Vgl. Albert Gazier, Libre opinion sur notre politique extérieure, in: Le Populaire, 27.02.45; O. Rosenfeld, La Ruhr et la Rhénanie, in: ebd., 17./18.03.46; Editorial (wie Anm. 190).

201 O. Rosenfeld, L'internationalisation de la Ruhr, in: Le Populaire, 14.03.46.

202 Vgl. Problèmes de la paix, in: Le Monde (oA), 07./08.04.46; Le discours (wie Anm. 191).

ster Maßnahme, L'Aurore für den Widerstand gegen eine Retablierung Deutschlands als »grande puissance industrielle«, Le Parisien-Libéré für eine Reduzierung des deutschen Industriepotentials²⁰³. Die Betonung von L'Humanité lag mehr auf der »désintégration des trusts allemands«, Combat ging es um einen Mittelweg zwischen Agrarisierung und Wiederaufbau deutscher Großindustrie durch »des trusts internationaux«²⁰⁴.

Der Wille, aus Erfahrungen der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft zu lernen, zeigte sich nirgends deutlicher als beim Reparationsproblem, wo man einheitlich für »réparations en nature« eintrat, konkret für Maschinen, Arbeitskräfte und vor allem Kohle. Auf den Widerspruch von Befürwortung solcher Reparationen und Ablehnung eines industriellen Wiederaufbaus in Deutschland wies der Parisien-Libéré hin, ohne selbst ein Patentrezept zur Lösung des Dilemmas parat zu haben²⁰⁵. Der Eindruck, nicht genügend Reparationen aus Deutschland zu erhalten, entsprach einem der wesentlichen besatzungspolitischen Kritikpunkte der Tagespresse an der Regierung; von dort zur Feststellung, daß »l'occupation de l'Allemagne ne rapporte rien à la France« und zur Forderung, größeren Gewinn aus der Besetzung Südwestdeutschlands zu ziehen, war es nicht weit²⁰⁶. Seit Spätsommer 1945 konzentrierte sich die Kritik zunehmend auf die für einen zügigen französischen Aufschwung zu geringen Ruhrkohlelieferungen; mehrfach klagten sämtliche Zeitungen das Recht der von den Nazis zerstörten Länder ein, als erste von Produktionssteigerungen an der Ruhr zu profitieren und grübelten beklommen über amerikanische Wiederaufbauprioritäten für Deutschland.

Der Gedanke an einen rascheren wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands gegenüber dem Frankreichs, letztlich – in französischer Sicht – an eine »erneute« nachträgliche wirtschaftliche und damit politische Niederlage in einem Krieg, den man doch, wenn auch mit ausländischer Hilfe, militärisch gewonnen hatte, traf nicht nur den Nerv der öffentlichen, sondern auch der veröffentlichten Meinung. Diese Furcht durchzog bereits bei der Befreiung einzelne Zeitungen²⁰⁷, verdichtete sich dann mehr und mehr, um sich im Zuge des klarer hervortretenden Kalten Krieges als zentrale Sorge französischer Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland in der Presse-landschaft zu etablieren. Permanenz und Vehemenz dieses Topos, seit Sommer 1945 am stärksten kultiviert in L'Humanité²⁰⁸, konnte weder Politikern noch Spitzenbeamten verborgen bleiben und konfrontierte sie wiederholt mit der deutschlandpolitischen Toleranzschwelle der Öffentlichkeit. Doch war er nur Schranke politischen Handelns, oder nicht auch Chance, um im diplomatischen Verkehr gegenüber den

203 Les réparations, in: Les Echos (oA), 02.03.45; Jean Maroger, Le charbon et le destin de l'Europe, in: Le Monde, 29.05.45; Wladimir d'Ormesson, Le problème allemand, in: Le Figaro, 08.02.45; Jean Piot (wie Anm. 191); Pierre-Olivier Lapie, Le sort économique de l'Allemagne, in: Le Parisien-Libéré, 27.02.45.

204 Georges Cogniot, Comment on ruine le prestige de la France, in: L'Humanité, 18.10.45; Editorial (wie Anm. 169).

205 Sammy Bekacha, L'Allemagne ..., in: Le Parisien-Libéré, 22./23.07.45.

206 Virgile Barel, Vérités sur l'occupation française en Allemagne, in: L'Humanité, 26.03.46.

207 Vgl. François Bruel, Nos amis américains et l'Allemagne, in: Combat, 03.12.44.

208 Vgl. M. Magnien, Potsdam et le problème allemand, in: L'Humanité, 21.07.45; Georges Cogniot, La France d'abord, in: ebd., 03.10.45; Ders. (wie Anm. 161); Ders., Assez plaisanté avec l'Allemagne, in: ebd., 03.04.46.

USA aus den möglichen innenpolitischen Gefahren einer Übervorteilung Deutschlands Kapital zu schlagen? War der Widerstand »zu Hause« über das Jahr 1946 hinaus gänzlich unwillkommen?

Die Faktoren der Interaktionsmuster von Politik und Öffentlichkeit, von Innen- und Außenpolitik behielten in der Folgezeit ihre Wirkkraft. In Frankreich kennzeichneten politische Instabilität sowie Regimeopposition von Kommunisten und Gaullisten, finanzwirtschaftliche Engpässe sowie materielle Zwangslagen, schließlich latente Unzufriedenheit der Menschen angesichts kaum spürbarer Verbesserungen seit Kriegsende weiterhin das Klima; der Kalte Krieg ließ die Relevanz Deutschlands für die USA geostrategisch steigen, gleichzeitig aber die Bedeutung von Stabilisierungshilfen für das krisengeschüttelte Frankreich aus Furcht vor einer kommunistischen Machtergreifung. Die Presselandschaft erfaßte rascher als die breite Öffentlichkeit die Risiken, die von der Blockbildung an sich und der Sowjetunion im besonderen für Westeuropa ausgingen, dennoch hielten Vorsicht in allen Deutschland betreffenden Fragen, angespannte Aufmerksamkeit und Kritik an Abweichungen vom angestammten Kurs in der Tagespresse an. An Mobilisierungsthemen für die Öffentlichkeit mangelte es jedenfalls nicht, so daß deutschlandpolitische Entscheidungsträger Instrumentalisierungschancen und -schränken eines antideutschen Meinungsklimas nach wie vor in ihr politisches Kalkül einbeziehen konnten. Wie außerordentlich sensibilisiert nicht nur die öffentliche, sondern auch die veröffentlichte Meinung stetig gegenüber Deutschlandproblemen war, zeigten paradigmatisch die Reaktionen auf die Publikation der Londoner Empfehlungen Anfang Juni 1948: sie bewegten sich zwischen erheblichen Vorbehalten²⁰⁹ und blankem Entsetzen²¹⁰, enthielten teils die resignative Feststellung, die französische Delegation habe in London »le maximum de ce qui pouvait être fait« herausgeholt²¹¹, teils den Vorwurf an die Regierung, ihre über Jahre verfolgte Diplomatie deutschlandpolitischer Maximalpositionen habe die Realitäten zu lange kaschiert und fruchtbarere Resultate von vorneherein kompromittiert²¹². Doch was hätte Frankreich angesichts seiner machtpolitischen Schwäche nach Kriegsende auf internationalem Parkett ohne die Rolle der »grande gêneuse« überhaupt noch deutschlandpolitisch gegenüber den Alliierten, aber eben auch finanzökonomisch und damit letztendlich innenpolitisch gegenüber den USA, zu erreichen vermocht;²¹³ was hätte die Provisorische Regierung ohne Rücksichtnahme auf Erwartungshaltungen der öffentlichen Meinung, ohne Grandeur-Rhetorik und Maximalpositionen seit der Befreiung an fatalen psychologischen und politischen Konsequenzen im Innern in Kauf nehmen müssen?²¹⁴ Wäre nicht die Doppelpriorität wirtschaftlicher und moralischer Wiederaufrichtung

209 Vgl. tendenziell Marcel Gimont, Ne pas condamner mais ne pas subir, in: *Combat*, 03.06.48; André François-Poncet, Que vaut l'accord de Londres, in: *Le Figaro*, 06./07.06.48.

210 Vgl. tendenziell Edouard Helsey, Le texte ..., in: *L'Aurore*, 08.06.48; Pertinax, Ressurrection du danger allemand, in: *France-Soir*, 08.06.48; Pierre Courtade, Le gouvernement a abandonné sécurité et réparations, in: *L'Humanité*, 08.06.48.

211 Roger Massip, Bilan de la conférence de Londres sur l'Allemagne, in: *Le Figaro*, 04.06.48.

212 Jean-Pierre de Daedelsen, Les entretiens sur l'Allemagne sont terminés, in: *Combat*, 02.06.48.

213 In diesem Sinne, L'erreur, in: *Les Echos* (oA), 13.11.48.

214 Vgl. Bourdet (wie Anm. 145).

Frankreichs angesichts einer noch schnelleren Restauration Deutschlands bereits erheblich früher desavouiert worden?

Im gesamten Zeitraum zwischen Befreiung und Schumanplan stützte die deutliche Mehrheit der untersuchten Zeitungen die regierungsamtliche Positionen in der deutschen Frage, hielt sich an vorgegebene Formulierungen, reproduzierte und verbreitete diese. Die Tagespresse bestätigte und beeinflusste damit direkt Öffentlichkeit und Entscheidungsträger in ihren Einstellungen, letztere zusätzlich indirekt durch das Bild, das sie sich von den Leuten machten, die Kommentare dieses oder jenes Blattes konsumierten. Daneben spielte die antideutsche Grundstimmung im Frankreich der Nachkriegsjahre eine wichtige Rolle für die Wahrnehmung von Artikeln und Stellungnahmen aus Zeitungen, die ihrerseits wiederum ausnahmslos und unvermeidlich diese Grundstimmung mitprägten. In diesem Kreislauf war der Spielraum für differenzierte Aussagen, die dann auch einer breiten Leserschaft als solche auffielen, äußerst gering, gingen vermutlich nicht wenige Nuancierungen angesichts allgemeiner »deutschlandpolitischer Selbstverständlichkeit« unter oder wurden dennoch im Sinne der verinnerlichten unnachgiebig harten Haltung interpretiert, da niemand etwas anderes erwartete. Mehrere deutschlandpolitische Mobilisierungsthemen – elsässische Restitutionsforderungen, Hitlers Generäle, Hitlers »Kinder«, Oradour-Gedenkstätte, Pétain-Prozeß, Pariser Ausstellung über NS-Verbrechen, Verurteilung von Kriegsverbrechen, Wiederaufbau in der Normandie²¹⁵ – auf der Titelseite einer Zeitung waren in den ersten beiden Nachkriegsjahren keine Seltenheit. Schien vor dem Hintergrund einer solchen Flut von Artikeln das Wahrnehmungsvermögen des »Mannes auf der Straße« für subtile konstruktivere Positionen zu Einzelaspekten französischer Politik gegenüber dem östlichen Nachbarn verengt, so war doch wenig zweifelhaft, wie deutschlandpolitische Entscheidungsträger die Einstellung von Lesern einer solchen Zeitungsausgabe einschätzten und verarbeiteten. Im übrigen verurteilte der Großteil der Tageszeitungen politische Äußerungen mit andeutungsweise konstruktiver Ausrichtung ohnehin vehement, was Politiker und Spitzenbeamte kaum ermutigt haben dürfte, sich in diesem Sinne zu äußern und vom offiziellen Diskurs abzuweichen, selbst wenn sie ihn persönlich für wenig ertragreich hielten: auch sie mußten der antideutschen Grundstimmung öffentlich Tribut zollen²¹⁶, nährten sie damit aber wiederum. Die französische Nachkriegspresse hat offensichtlich gerade aufgrund solcher komplexen wechselseitigen Beeinflussungsmechanismen das Bewußtsein der »classe politique« eher erhöht als abgeschwächt, die französische öffentliche Meinung bilde ein deutschlandpolitisches Druckpotential, dessen Ventil sich bei jeder als zu moderat erachteten Aussage oder Maßnahme mit den entsprechenden negativen innenpolitischen Rückwirkungen öffnen würde. Dieses Druckpotential im Land aufrechtzuerhalten und es zur Wahrung größtmöglicher Instrumentalisierungschancen nach außen zu transportie-

215 Beispielsweise *Le Parisien-Libéré*, 12.06.45.

216 Vielleicht erklären sich die beträchtlichen Einbußen der SFIO bei den Legislativwahlen von 135 Mandaten im Oktober 1945 auf 115 im Juni und 91 im November 1946 unter anderem aus der Tatsache, daß sich einzelne Repräsentanten aus ihren Reihen von allen Parteipolitikern am weitesten in der öffentlichen Kritik an der offiziellen Deutschlandpolitik vorgewagt hatten, statt diese – wie der MRP – als Wahlkampfangument zu nutzen, gerade auch um mit der PCF mithalten zu können.

ren ohne vor allem der PCF Anlässe zur Öffnung des Ventils auf einem goldenen Tablett zu servieren, war der politisch-administrativen Führung eine Notwendigkeit, aber eben auch ein Drahtseilakt sondergleichen.

Deutschlandpolitische Entscheidungsträger und öffentliche Meinung: Handlungsdruck und Handlungschancen

»Nous devons donc avoir une politique souple, ménageant l'avenir et cherchant, en vue de cet avenir, à tirer le meilleur parti de l'état provisoire actuel.«²¹⁷

Pariser Entscheidungszentren und Deutschlandpolitische Durchsetzungschancen

Angesichts materieller Notlagen und finanzwirtschaftlicher Ungewissheiten, sozialer Gärung und regimeimmanenter Sachzwänge, latenter Krisenverschärfungsrisiken sowie der Gefährdung ökonomischer und moralischer Wiederaufrichtungsprioritäten bedingten sich öffentliches Druckpotential und offizielle Deutschlandrhetorik in der Innenpolitik ebenso gegenseitig wie deutschlandpolitische Maximalpositionen und diplomatische Instrumentalisierungschancen in der Außenpolitik. Von Maximalpositionen läßt sich jedoch nur sprechen, wenn relevante deutschlandpolitische Entscheidungsträger und -zentren intern andere Haltungen an den Tag legten oder wenn sie intern zum Ausdruck brachten, daß sie dem offiziellen Forderungskatalog kaum Durchsetzungskraft gegenüber den »Großen Drei« einräumten.

De Gaulles Haltung in deutschlandpolitischen Fragen war offenbar weniger eindeutig als man lange annahm²¹⁸, die selbstgeschaffene »légende gaullienne«²¹⁹ wurde bislang recht selten von der historischen Forschung auf ihren Realitätsgehalt hin überprüft²²⁰. Zwar scheute sich der »Retter Frankreichs« nicht, in Bereichen, in denen er es für unabdingbar hielt, die Franzosen über die problembeladene Zukunft aufzuklären;²²¹ auf außenpolitischer Ebene jedoch neigte er als selbsternannte überparteiliche Integrationsfigur mit der Bestimmung, der Nation den Glauben an sich selbst zurückzugeben, zur Schöpfung rhetorischer Luftschlösser und Konsenshüllen, die sich nahtlos ins vorherrschende Meinungsklima einfügten, sicher gewisse de Gaullesche Zukunftsvisionen berührten, Realziele jedoch eher kaschierten und vor

217 Directives pour notre action en Allemagne, Secrétariat général du Comité interministériel des affaires allemandes et autrichiennes (CIAAA), 19.07.45, AN F60 3034/2.

218 Vgl. neuerdings GERBET (wie Anm. 15) S. 14f.; MAILLARD (wie Anm. 19); zuletzt Wilfried LOTH, Robert PICHT (Hg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, vor allem die Artikel von SCHUNCK, LOTH, WEISENFELD und HUDEMANN.

219 Jean-Pierre RIOUX, Tour d'horizon, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 1: Dans la mémoire des hommes et des peuples, Paris 1991, S. 295–301 (297). Zur »passage de l'historique au mytique«, Raoul GIRARDET, Mythes et mythologies politiques, Paris 1986, S. 71f.

220 Zu den Interpretationsproblemen des »phénomène de Gaulle« zwischen Mythos und Realität, vgl. Pierre NORA, L'historien devant de Gaulle, in: De Gaulle en son siècle (wie Anm. 219) S. 172–178.

221 Vgl. vor allem die Rede de Gaulles im Palais de Chaillot, 12.09.44, in: Charles DE GAULLE, Discours et Messages (DM), Bd. 1: Pendant la guerre 1940–1946, Paris 1970, S. 443–451 (449f.).

allem keine bestimmte unabänderliche Politik oder deren Mittel implizierten²²². Dabei war der inhaltliche Präzisionsgrad solcher »Orakelsprüche« einerseits gering genug, um die Basis einer pragmatischen Politik zu legen und sich größtmöglichen politischen Handlungsspielraum für eine prekäre Zukunft zu sichern, andererseits groß genug, damit jeder zumindest irgendetwas mit ihnen anfangen konnte und schließlich zu wissen glaubte, was der Regierungschef nun konkret mit ihnen gemeint haben könnte²²³.

Vieles spricht dafür, daß diese gaullistische Integrationsmethode auch für die frühe französische Deutschlandpolitik eine Rolle gespielt hat²²⁴. So dezidiert er häufig persönlich kurzfristige Entscheidungen traf, so abwartend schien er sich zu verhalten, wenn es um die Konkretisierung von Visionen, um die Umsetzung konzeptioneller Ansätze in praktische Politik und klare Anweisungen ging²²⁵. Es läßt sich nicht ausschließen, daß für ihn selbst aufgrund eigener Arbeitsüberlastung, unzähliger Provinzreisen und Vorträge seit Sommer 1944 sowie geringer Kenntnisse alliierter Deutschlandziele in den Monaten nach der Befreiung, noch Vieles im Halbdunkel lag. Im Außenministerium jedenfalls herrschte größte Unklarheit über die wirklichen Ziele des Regierungschefs²²⁶, hielt man Maximalpositionen auch für ein Mittel zur Verschleierung eigener Unsicherheiten und Widersprüche²²⁷. Die Vermutung liegt nahe, daß die immer und immer wieder erhobenen Forderungen nach einem »détachement politique« von Rheinland und Ruhr sowie nach einem »démembrement« des restlichen Deutschlands, der unablässig bekräftigte Wille Frankreichs »d'être sur le Rhin« eben auch als Ablenkungsangebote an die öffentliche Meinung, als Versuchsballons im diplomatischen Verkehr²²⁸, als inhaltlich noch konkreter zu füllende Sprachhüllen konzipiert waren. Der französischen und internationalen Öffentlichkeit dagegen galten sie selbstverständlich als bester Beweis für die allseits von Frankreich erwartete maximalistische Haltung, und das sollten sie wohl auch.

In gleicher Weise lassen die Ungereimtheiten der frühen Direktiven an den Oberbefehlshaber in der französischen Besatzungszone, General Koenig, die ein regelmäßig tagender interministerieller Ausschuß unter Vorsitz de Gaulles vom Sommer 1945 bis Anfang 1946 verabschiedete, Zweifel an einer harten, unumstößlichen und widerspruchsfreien deutschlandpolitischen Position der Provisorischen Regierung sowie ihres Präsidenten aufkommen. Die rund 60 von de Gaulle persön-

222 Aufschlußreich Jean-François REVEL, Le style du Général, Paris 1959, S. 54f.

223 In diesem Sinne ERNST WEISENFELD, Charles de Gaulle. Magier im Elysée, München 1990, S. 24.

224 Vgl. Claude MAURIAC, Un autre de Gaulle. Journal 1944–1954, Paris 1970, S. 252.

225 Symptomatisch dafür erscheint die Vorgehensweise Gilbert Grandvals, seit September 1945 Délégué Supérieur an der Saar und noch ohne Kenntnis Pariser Saarplanungen, der während einer Autofahrt mit de Gaulle und Koenig am 5. Oktober von Saarbrücken nach Trier vergeblich auf Direktiven für seine Arbeit wartete und sich schließlich aufgrund allgemeiner Äußerungen de Gaulles eine Politik zurechtlegte, wie er sich vorstellte, daß de Gaulle sie betreiben würde. Vgl. Archives privées Gilbert Grandval, Saint-Cloud, doss. 4.

226 Vgl. Briefe von Chauvel, Generalsekretär des Außenministeriums, an Massigli, Botschafter in London, 30.12.44, 04.01.45 und 16.04.45, Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Paris (MAE) Papiers Massigli (PAAP 217) 94.

227 Dies die Meinung Massiglis in einem Brief an Chauvel, 14.03.45, ebd.

228 So äußerte de Gaulle gegenüber Truman, die Rheinlandfrage sei weniger »une condition géographique qu'une nécessité psychologique«, damit Frankreich an den Frieden glaube. Vgl. Compte-rendu des conversations de Gaulle-Truman, 22.08.45, MAE Y (1944–1949) 19.

lich unterzeichneten Direktiven²²⁹ dieses Organs, also die als Substrat aus einer Vielzahl unterschiedlichster Entwürfe im Rahmen interner Pariser Entscheidungsfindung herausgefilterten Richtlinien für die praktische Politik, ergaben ein im Verhältnis zur eingangs geschilderten traditionellen Sicht französischer Deutschlandpolitik insgesamt nuancierteres Bild: es entsprach einem bewußt weitgespannten, zeitlich wie inhaltlich flexiblen Konzept mit teils eher restriktiven, teils eher konstruktiven Ansätzen; es förderte letztlich eine ebenso ambivalente wie originelle Sicherheitsstrategie zutage, deren tragende Pfeiler im Aufbau möglichst dezentraler politischer Strukturen in Deutschland, in der Etablierung dauerhafter wirtschaftlicher Suprematie gegenüber dem östlichen Nachbarn, schließlich in der Schaffung von Grundlagen für langfristige Kooperationsmechanismen durch eine Kultur- und Demokratisierungspolitik gemäß französischer Vorstellungen bestanden und wies somit auf taktische Bedingtheiten de Gaullescher Maximalpositionen hin²³⁰.

Die Ernennung René Mayers zum Leiter des Commissariat général aux affaires allemandes et autrichiennes als Nachfolgegremium des CIAAA Ende Dezember 1945 durch de Gaulle paßt ebensowenig in das Bild einer an Extremforderungen orientierten Deutschlandpolitik, denn Mayer zeichnete sich schon in Algier im Umfeld von Monnet, Pleven und Alphant durch differenzierte europapolitische Vorstellungen aus;²³¹ in seinem neuen Amt sollte er sich rasch aus rein pragmatischen Überlegungen heraus für industrielle Wiederaufbaumaßnahmen in Deutschland stark machen, da man sonst das Besatzungsgebiet ernähren müsse »avec des dollars arrachés à nos propres réserves.«²³²

Im übrigen bleibt zu bedenken, daß die fast durchweg negativen, teils hysterischen Reaktionen auf Andeutungen langfristiger Kooperationsmöglichkeiten zwischen Deutschen und Franzosen während der Inspektionstour durch die FBZ²³³ de Gaulle erneut mit der deutschlandpolitischen Zumutbarkeitsschwelle der öffentlichen Meinung konfrontiert hatten:²³⁴ es gab angesichts solcher Erfahrungen keinen einleuchtenden Grund, sie in nächster Zeit wieder zu überschreiten, dagegen gab es Gründe genug, dies nicht zu tun.

Was nun die Durchsetzung deutschlandpolitischer Maximalpositionen gegenüber den Alliierten anbelangt, so setzte de Gaulle, offenbar überzeugt vom britischen und amerikanischen Einspruch, eher Hoffnungen auf die Sowjetunion, wenn auch ohne allzugroße Illusionen über die Natur des kommunistischen Partners und ohne die

229 Zwei dieser Direktiven sind abgedruckt bei LATTARD (wie Anm. 18) S. 302–323 sowie bei MÉNUDIER (wie Anm. 18) S. 169–182.

230 Ausführlicher dazu Dietmar HÜSER, Das Comité interministériel des affaires allemandes et autrichiennes und die französische Deutschlandpolitik 1944–1946. Sicherheit durch Kohle und Kultur, Magisterarbeit, Saarbrücken 1989.

231 Note Mayer an de Gaulle, 30.09.43, AN Papiers René Mayer (363 AP) 3.

232 Vertrauliche Note Mayer an de Gaulle über seine Deutschlandreise, 15.01.46, AN 363 AP 6. Vgl. auch René PLEVEN, René Mayer et l'Europe, in: Denise MAYER (Hg.), René Mayer. Etudes, témoignages, documents, Paris 1983, S. 238–260.

233 Zu den besatzungspolitischen Wirkungen der de Gaulle-Reden, vgl. Rainer HUDEMANN, De Gaulle und der Wiederaufbau in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: LOTH, PICHT (wie Anm. 218) S. 153–167.

234 Vgl. Michel DEBRÉ, Trois Républiques pour une France. Mémoires, Bd. 1: Combattre, Paris 1984, S. 416 u. Bd. 2: Agir, Paris 1988, S. 71.

Rückwirkungen auf die französische Innenpolitik aus den Augen zu verlieren²³⁵. Die Moskareise im November/Dezember 1944 mußte jedoch mehr als ernüchternd wirken: an eine sowjetische Unterstützung offizieller französischer Lösungsvorschläge für eine deutsche Westgrenze war nicht zu denken²³⁶. Die diplomatischen Gespräche mit den Angelsachsen bis Herbst 1945 boten ebensowenig konkrete Anhaltspunkte für Konzessionsbereitschaft in Fragen territorialer Garantien wie die Reaktionen der Alliierten auf das Memorandum, das die französische Delegation während der Londoner Außenministerkonferenz Ende September vorlegte, bestätigte: die implizite Anerkennung von Diskussionsansprüchen Frankreichs durch die Entscheidung, eine Erörterung der französischen Rhein-Ruhrvorbehalte auf bilateraler Ebene fortzusetzen, zählte für de Gaulle wenig gegenüber der offensichtlichen alliierten Verschleppungstaktik und erschien ihm – anders als Bidault – eher als Ermütigung französischer Widersacher denn als diplomatischer Erfolg²³⁷. Die Hoffnung auf eine Regelung der Frage im Sinne der offiziellen Forderungen schwanden zusehends²³⁸, wie die folgenden fruchtlosen Unterredungen Couve de Murvilles, Leiter der politischen Abteilung, und Hervé Alphands, Leiter der wirtschaftlichen Abteilung des Quai d'Orsay, in den Hauptstädten der »Großen Drei« unter Beweis stellen sollten.

Es fällt schwer zu glauben, daß de Gaulle sich allzu großen Illusionen über die Chancen der »thèse française« hingegeben habe²³⁹. Zwar erlaubt die Quellenlage keine abschließende Klärung, was er wirklich wollte und Ende 1945 noch für machbar hielt: letztlich läßt sich nur die Vorstellung eines idealistischen Vorkämpfers deutsch-französischer Aussöhnungsbestrebungen bei Kriegsende ebenso ausschließen wie die Annahme, seine Deutschlandkonzeption sei rein destruktiv und rückwärtsgewandt gewesen. Vielmehr schien sie inkohärent und unpräzise, flexibel und ersatzlösungsorientiert, konnte nach Gesprächspartner sowie innen- und außenpolitischer Entwicklung ebenso variieren wie nach Sachbereichen, war in der Frage einer möglichst weitreichenden Dezentralisierung Deutschlands eher unnachgiebig²⁴⁰, in der Frage der Rhein-Ruhr-Abtrennung eher realistisch-konzessionsbereit²⁴¹. Kann somit bei de Gaulle von einer Identität zwischen offizieller und tatsächlicher Haltung und Politik gegenüber dem östlichen Nachbarn kaum die Rede sein, so gilt dies erst recht für das Außenministerium, wo der Parteipolitiker Bidault

235 Vgl. Jean LACOUTURE, De Gaulle, Bd. 2: Le politique 1944–1959, Paris 1985, S. 85 u. S. 91; in diesem Sinne auch zwei »notes« von Maurice Dejean, damals Représentant der »Freien Franzosen« bei den Alliierten in London, an de Gaulle: Note sur la politique soviétique, 13.10.43, MAE Papiers Maurice Dejean (PAAP 288) 74; Relations franco-soviétiques, 04.11.43, ebd.

236 Vgl. die Gesprächsprotokolle, MAE PAAP 288/75.

237 Telegramm an Bidault, 29.09.45, in: LNC (wie Anm. 126) Bd. 6, S. 89f.

238 Brief an Koenig, ebd., 29.10.45, S. 106ff.

239 So auch POIDEVIN (wie Anm. 20) S. 185; Jean-Pierre RIOUX, France 1945: L'ambition allemande et ses moyens, in: DERS., MANFRASS (wie Anm. 19) S. 37–46 (39).

240 So noch zwei Tage vor seinem Rücktritt, vgl. Procès-verbal (P.V.) des décisions prises par le CIAAA, 18.01.1946, MAE Y (1944/49) 651. Zur Widersprüchlichkeit de Gaullescher Dezentralisierungsmaximen, vgl. auch Raymond ARON, Mémoires. 50 ans de réflexion politique, Paris 1983, S. 252f.; ähnlich GERBET (wie Anm. 15) S. 447, Anm. 6.

241 Zu den methodischen Schwierigkeiten einer angemessenen Interpretation der tatsächlichen Absichten de Gaulles in der Saarfrage, vgl. Rainer HUDEMANN, Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich 1945–1947, in: DERS., Poidevin (wie Anm. 18) S. 13–34.

sehr viel stärker als sein Regierungschef Außenpolitik in innenpolitischen Abhängigkeitskategorien dachte, wo die Spitzenbeamten französische Sicherheit sehr viel stärker wirtschaftlich als politisch-territorial definierten.

Im Quai d'Orsay war man sich über die eigene Schwäche nach Kriegsende, über die prinzipielle Diskordanz von deutschlandpolitischen Maximalforderungen und machtpolitischen Minimalmitteln von vorneherein im klaren, versuchte aber, sie angesichts innen- wie außenpolitischer Instrumentalisierungschancen zu einer diplomatischen Strategie größtmöglichen Nutzens zu erheben. Dabei galt es so lange wie möglich keinerlei Konzessionsbereitschaft zu offenbaren, offizielle Positionen erst zu räumen, wenn deren Aufrechterhaltung mehr Nach- als Vorteile mit sich zu bringen schien, und selbst dann nur graduell und bei entsprechender Gegenleistung. Diese nicht zuletzt aus dem »München-Komplex« geborene Strategie diplomatischer Hartnäckigkeit²⁴² verschleierte faktische Perspektiven, die eben nicht den Maximalpositionen entsprachen. Es ging kurzfristig vielmehr um Zeit, Kohle und Devisen, mittelfristig um das Primärziel einer internationalen Ruhrkontrolle²⁴³, um eine gegenüber Deutschland möglichst günstige Ausgangsposition für Wiederaufbau und Modernisierung und damit langfristig um die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft in Westeuropa.

Die Realisierungsmöglichkeiten von Maximalpositionen jedenfalls schätzte man schon früh recht gering ein. Dies galt etwa für das die Öffentlichkeit besonders berührende Reparationsproblem, bei dem der langfristige Nutzen Deutschlands eher zurückhaltend beurteilt und für eine geordnete Regelung plädiert wurde;²⁴⁴ dies galt erst recht für die Frage territorialer Abtrennungen von Rhein und Ruhr.

Ein Schlüsselerlebnis Bidaults waren die Gespräche, die er gemeinsam mit de Gaulle sowie weiteren Vertretern des Außenministeriums Ende August 1945 in Washington führte, denn einerseits führte der amerikanische Außenminister Byrnes ihm die Aussichtslosigkeit französischer Abtrennungsforderungen überdeutlich vor Augen²⁴⁵, andererseits aber kristallisierten sich Elemente eines Verhandlungsmechanismus heraus, welcher Frankreich potentielle Zukunftschancen eröffnete und sich schließlich über Jahre hinweg als – gemessen am effektiven Machtpotential – relativ wirksam erweisen sollte: eine »pervasive sympathy« für Frankreich und die Franzosen im State Department;²⁴⁶ die divergierenden Positionen verschiedener außenpoli-

242 Vgl. Raymond ARON, *Conservatrice ou révolutionnaire? La France dans le monde actuel*, Ebenhausen 1960, S. 44 ff. u. S. 66.

243 KESSEL (wie Anm. 15) S. 301.

244 Vgl. etwa Couve de Murville, damals Finanzkommissar in Algier, *Éléments pour la préparation des clauses économiques et financières d'une convention d'armistice avec l'Allemagne*, 07.04.44, SAEF B8786; Note pour le Ministre, 26.05.45, AN Papiers Bidault (457 AP) 61; Audition de M. Bidault, Assemblée Nationale (Ass. Nat.), Commission des Affaires Étrangères (CAE) P.V. 12.12.1945. Note Alphand a.s. des négociations de Moscou et de Potsdam concernant les réparations, 10.08.45, MAE Y (1944/49) 676.

245 Vgl. Memorandum of conversation between Byrnes and Bidault, 23.08.45, Foreign Relations of the United States (FRUS) 1945 (IV) S. 707 ff.; zur Reaktion im Quai d'Orsay, vgl. Brief Chauvel an Massigli, 02.09.45, MAE PAAP 217/59.

246 Vgl. John GIMBEL, *The Origins of the Marshall-Plan*, Stanford 1976, S. 34 f.; ähnlich Wolfgang KRIEGER, *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*, Stuttgart 1987, S. 143. Zu Unrecht von der Annahme eines amerikanischen »philo-germanisme« ausgehend,

tischer Handlungszentren innerhalb der US-Administration;²⁴⁷ das amerikanische Interesse an einem wirtschaftlich starken Frankreich in Westeuropa;²⁴⁸ die Furcht vor wachsendem Einfluß der PCF auf die Regierungspolitik sowie die Bereitschaft des State Department, in außen- und deutschlandpolitischen Fragen Rücksichten auf innenpolitische Schwierigkeiten der Regierung und Bewährungsproben der nicht-kommunistischen Parteien zu nehmen²⁴⁹. Der französischen Delegation mußte von diesem Zeitpunkt ab klar sein, daß sich geschickt als »bargaining chips«²⁵⁰ eingesetzte Maximalforderungen nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch lohnen konnten, da die Dependenzstrukturen zwischen den USA und Frankreich weniger ein- als wechselseitig waren, die Amerikaner ihre machtpolitische Stärke zwar durch eine Politik kleiner Kredite zur Perpetuierung ökonomischer Abhängigkeit einzusetzen vermochten, sie aber keineswegs beliebig und jederzeit in kurzfristigen politischen Druck oder gar direkte Einmischungen in die französische Innenpolitik ummünzen konnten, wollten sie nicht ureigenste Interessen konterkarieren:²⁵¹ angesichts der germanophoben Stimmung der öffentlichen Meinung, der extrem antideutschen Haltung der PCF sowie deren machtvoller politischer und gesellschaftlicher Rolle einerseits, angesichts der zunehmenden Furcht vor kommunistischer Einflußnahme auf die westeuropäische Politik sowie der »Katastrophenmeldungen« des ebenso frankophilen wie antikommunistischen Jefferson Caffery an das State Department andererseits erschien Frankreich deutschlandpolitische Obstinenz lohnenswert, unabhängig von den Realisierungschancen, die man den eigenen Forderungen zugestand.

Und weder die Londoner Außenministerkonferenz, auf der Bidault erneut die völlige Isolierung Frankreichs in deutschlandpolitischen Fragen zu konstatieren hatte²⁵², noch die anschließenden bilateralen Gespräche von Couve de Murville in London und Washington sowie von Alphand in Moskau, in denen man wieder auf die allseits bekannten Vorbehalte traf²⁵³, gaben Anlaß, an die Realisierbarkeit von Maximalpositionen zu glauben. Es kann schon von daher nicht verwundern, daß die teilweise detaillierten Planungsarbeiten zur »région rhéno-westphalienne« über die

Annie LACROIX-RIZ, *Une »politique douce« précoce: Paris face à la politique allemande de Washington 1944–1945*, in: RHMC 38 (1991) S. 428–457.

247 Vgl. etwa John H. BACKER, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikanische Deutschlandpolitik 1943–1948*, München 1981, S. 143.

248 Vgl. Caffery, Botschafter in Paris, an Außenminister Byrnes, 05.05.45, FRUS 1945 (IV) S. 686 f.; Statement by President Truman of France's Role in the Settlement of Questions of World and European Interest, ebd., S. 690 f.

249 Vgl. *Compte-rendu* (wie Anm. 228); Note de l'audience donnée par M. Byrnes à M. Bidault, 24.08.45, MAE Y (1944–1949) 19; Direction d'Amérique, *Conversations à Washington et à New York sur certains problèmes européens*, 31.08.45, MAE PAAP 217/59.

250 Vgl. GILLINGHAM (wie Anm. 19) S. 156.

251 Vielfältige neue Hinweise bei WALL (wie Anm. 19) sowie bei Jean-René CHOTARD, *La politique américaine en Europe 1944–1948*, Paris 1991. Differenzierte Ergebnisse auch bei Gérard BOSSUAT, *L'aide américaine à la France après la Seconde Guerre mondiale*, in: *Vingtième Siècle* 9 (1986), S. 17–35.

252 Vgl. Bidaults Telegramme an de Gaulle, 12.09.45 und 28.09.45, AN 457 AP 6.

253 Chodron de Courcel, Leiter der Mitteleuropaabteilung, *Premières réactions de Londres, Washington et Moscou aux projets français sur la Ruhr et la Rhénanie*, 12.01.46, MAE Y (1944/49) 396; Note a.s. de la politique française en Allemagne, Février 1946, AN 457 AP 61.

rein konzeptionelle Ebene nicht hinausgelangten, durchweg Hinweise auf Maßnahmen zur konkreten Durchführung und praktischen Umsetzung schuldig blieben. Anhaltspunkte für innenpolitische Bedingungsfaktoren maximalistischer Ansprüche, für sozioökonomische Risiken modifizierter französischer Thesen²⁵⁴ sowie für diplomatische Nutzungsversuche²⁵⁵ finden sich nicht erst seit der Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947, sondern schon 1945, zunehmend dann 1946. Der Klärungsprozeß von Durchsetzungschancen ging demzufolge nicht einher mit der Aufgabe von Maximalpositionen, sondern mit deren bewußter Aufrechterhaltung aus innen- wie außenpolitischen Motiven: im Quai d'Orsay sah man trotz der »opposition générale au détachement politique de la Ruhr et de la Rhénanie« noch keinenerlei Veranlassung, die französische Verhandlungsposition zu verändern²⁵⁶.

Doch nicht nur im Quai d'Orsay, auch im Kriegsministerium²⁵⁷ sowie beim Generalstab²⁵⁸, erst recht aber in den technischen Ministerien mochte man kaum an Sinn und Durchschlagkraft regierungsamtlicher Deutschlandpositionen glauben. So machten im Wirtschaftsministerium schon Ende 1944 Experten auf den maßgeblichen, auch nach Kriegsende nicht lösbaren Widerspruch in der Reparationsfrage aufmerksam: Reparationen und Restitutions implizierten Wiederaufbaumaßnahmen in Deutschland und waren damit geeignet, das langfristige Ziel einer wirtschaftlichen Vorrangstellung Frankreichs in Westeuropa zu unterlaufen²⁵⁹. René Pleven trat als Leiter des Wirtschafts- und Finanzressorts für die provisorische Etablierung deutscher Zentralverwaltungsstellen ein, auch ohne zuvor über das Rhein-Ruhr-Problem diskutiert zu haben²⁶⁰, verfocht nachdrücklich eine wirtschaftliche Modernisierung Frankreichs aus eigener Kraft, eher gestützt auf amerikanische Hilfs- als auf deutsche Reparationsleistungen²⁶¹. Der Sozialist André Philip, in den Regierung-

254 Vgl. etwa Conférence interministérielle du 08.10.45, MAE Y (1944-1949) 362; Brief René Mayer an Gazier, Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium, 15.03.46, AN 363 AP 6; Telegramm Bidault an Massigli, 10.04.46, AMAE Z Grande-Bretagne 36; Brief Massigli an Bidault, 02.08.46, AN 457 AP 78; Réunion [chez G. Bidault] a.s. des affaires allemandes, 06.11.46, MAE Z Sarre 17.

255 Vgl. etwa Alphanhand während der 8. Sitzung des im Quai d'Orsay tagenden Comité économique tripartite, 16.02.45, SAEF B 33014; Record by Mr. Harvey of a conversation with Mr. Couve de Murville, 27.10.45, Documents on British Policies Overseas (DBPO) I/V, S. 285-289 (285f.).

256 Note Alphanhand a.s. problèmes allemands, 18.07.46, AN 457 AP 60; zuvor ähnlich, Brief Alphanhand an Bidault, 02.02.46, AN 457 AP 61; dafür nur Massigli, vgl. Brief an Bidault vom 27.07.46, MAE PAAP 217/63.

257 Vgl. etwa Brief von Kriegsminister Diethelm an de Gaulle, 29.08.45, Service Historique de l'Armée de Terre, Paris (SHAT) 7 P 127.

258 Vgl. die Denkschrift des Etat-major zur Politique allemande, MAE Y (1944/49) 282; Note d'orientation sur le traité de paix avec l'Allemagne, o.D., vermutlich Januar 1946, Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche, Colmar (AOFAA) Cabinet Koenig Pol. I B 2; ausführlicher dazu KESSEL (wie Anm. 15) S. 20-23.

259 Vgl. etwa Wirtschaftsminister Mendès France an Bidault, Projet de mémorandum traitant des questions franco-allemandes, 27.11.44, SAEF B 8786.

260 Ministère des Finances, Direction du Trésor, Administration financière de l'Allemagne, 19.09.45, AOFAA Cabinet Koenig Pol. I B 3; vgl. auch das Schreiben von Tarbé de Saint-Hardouin, Conseiller politique Koenigs, an Dejean, damals Leiter der politischen Abteilung im Quai d'Orsay, 24.09.45, MAE Y (1944/49) 282.

261 Vgl. etwa Pleven während einer Sitzung des Conseil de l'Economie Nationale, Compte-rendu de la réunion plénière, 11.09.45, SAEF 5 A 15; Audition de M. Pleven, Ministre des Finances, Assemblée Nationale (Ass. Nat.), Commission des Finances, P.V., 06.12.45.

gen Gouin und Blum Wirtschafts- und Finanz-, im ersten Kabinett Ramadier dann Wirtschaftsminister, war einer der ersten französischen Spitzenpolitiker, die sich auch in der Öffentlichkeit für eine differenzierte Deutschlandpolitik einsetzten, gegen Revanchetendenzen sowie Rhein-Ruhr-Abtrennung²⁶².

Im Ministerium für Nationale Produktion gingen die Autoren einer internen Studie zur wirtschaftlichen Entwaffnung Deutschlands im Februar 1945 ausdrücklich aus von »l'hypothèse où ni la Rhénanie ni la Westphalie ne feraient l'objet d'un détachement définitif«, eine Ruhrabtrennung wurde gar nicht erst erwogen²⁶³. Laurent Blum-Picard, nach der Libération Generalsekretär des Produktionsministeriums, schien bereits Ende 1943 eine Rhein-Ruhr-Abtrennung weder wünschenswert und sinnvoll noch durchführbar²⁶⁴.

Hauptziel der seit Sommer 1944 in staatliche Schlüsselpositionen aufsteigenden Technokraten um Jean Monnet war schon im Widerstand die baldige Rekonstruktion Frankreichs als führender europäischer Wirtschaftsmacht. Dies implizierte Flexibilität in der Wahl der Mittel, Konzessionsbereitschaft in anderen Politikfeldern, Pragmatismus in der Deutschland- und Beherztheit in der Europapolitik²⁶⁵. Schon 1944/45 gab es unter ihnen zwar eine Mehrheit für eine Amerikanisierung der französischen Wirtschaft²⁶⁶ und für ihre langfristige Integration in den Weltmarkt²⁶⁷, nicht aber für einen französischen Wiederaufbau allein aus deutschen Mitteln²⁶⁸.

An den komplexen Wechselwirkungsmechanismen zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung sowie deren Wahrnehmung einerseits, zwischen innenpolitischem Druckpotential und außenpolitischer Instrumentalisierung andererseits, änderte sich zunächst wenig: in Frankreich ließen Verbesserungen der materiellen Lage weiter auf sich warten, Kohlelieferungen interessierten die Franzosen weiter »exactement autant que le bifteck«²⁶⁹; im Außenministerium war man sich weiter der antideutschen öffentlichen Meinung und ihrer Bedeutung im Positiven wie Negativen bewußt²⁷⁰; Bidault kämpfte weiter gegen offizielle Schattendeutschlandpoliti-

262 Vgl. André Philip, Châtiment de l'Allemagne et reconstruction européenne, in: Esprit n°13 (1945), S. 798-801.

263 Désarmement économique de l'Allemagne - Mesures à imposer à l'industrie allemande, 21.02.45, AN F12 10105.

264 Premier mémoire sur l'organisation économique de l'Europe d'après-guerre, 01.12.43, SAEF B 33002.

265 Vgl. Note de réflexion de Jean Monnet, 05.08.43, zitiert nach Henri RIEBEN, La naissance de l'idée européenne de Jean Monnet, in: Giandomenico MAJONE e.a. (Hg.), Jean Monnet et l'Europe aujourd'hui, Baden-Baden 1989, S. 21-28 (22f.); Memorandum von Robert Marjolin, La politique économique française immédiatement après la Libération, 08.08.43, MAE GU (1939/45) 1535; Jean Monnet, Résumé du Plan de remise en marche rapide de l'économie française, 04.08.44, AN F60 920.

266 John GILLINGHAM, Zur Vorgeschichte der Montanunion. Westeuropas Kohle und Stahl in Depression und Krieg, in: VfZ 34 (1986) S. 381-405 (383).

267 Michel MARGAIRAZ, Autour des accords Blum-Byrnes. Jean Monnet entre le consensus national et le consensus atlantique, in: Histoire, économie et société 1 (1982) S. 439-470 (469).

268 Vgl. Robert FRANK, Le dilemme français: la modernisation sous influence ou l'indépendance dans la décadence, in: DERS., Girault (wie Anm. 20) S. 137-156 (144f.).

269 Brief Chauvel an Massigli, 25.02.47, MAE PAAP 217/55.

270 Vgl. Audition de M. Georges Bidault, Conseil de la République, Commission des Affaires Etrangères (CAE), P.V., 26.02.47.

ken²⁷¹; die Entlassung der PCF-Minister aus der Regierung Ramadier im Mai 1947²⁷² beeinträchtigte die französische Verhandlungsposition nicht, da die Kommunisten nun offen und massiv von ihren parlamentarischen Oppositions- und außerparlamentarischen Einwirkungsmöglichkeiten Gebrauch machten und gemeinsam mit den seit April 1947 parteipolitisch organisierten Gaullisten die IV. Republik in die Zwickmühle nahmen²⁷³; das Quai d'Orsay konnte weiter versuchen, jedes Abgehen von ursprünglichen deutschlandpolitischen Positionen so gewinnbringend wie möglich einzusetzen²⁷⁴; den USA lag trotz der wachsenden geostrategischen Bedeutung Deutschlands die politische Stabilisierung Frankreichs ebenso weiter am Herzen wie seine wirtschaftliche Erholung²⁷⁵, so daß sich die amerikanische machtpolitische Überlegenheit trotz französischer finanzökonomischer Abhängigkeit weiter nur sehr begrenzt kurzfristig in Druck oder Erpressung umwandeln ließ²⁷⁶. Erst seit der ersten Hälfte des Jahres 1948 begannen die Grundpfeiler der Taktik deutschlandpolitischer Maximalpositionen zunehmend zu versanden: in der breiten Öffentlichkeit formierte sich vor allem seit den Prager Ereignissen Ende Februar 1948 neben dem antideutschen Grundkonsens endgültig ein spürbar antisowjetisches Klima²⁷⁷, das die Risiken einer offiziellen Entscheidung zwischen den Blöcken reduzieren mußte; mit der Interimshilfe im Januar und der Perspektive auf die Anfang April vom US-Kongreß gebilligten Marshallplangelder verlor die französische Nutzungsstrategie an Wert, aber auch an Legitimationsgrundlagen²⁷⁸; die später in die NATO-Gründung einmündende amerikanische Zusage eines längerfristigen Engagements in Europa erforderte definitiv eine Überprüfung der frühen Nachkriegsansätze französischer Sicherheitspolitik²⁷⁹; besatzungspolitisch war absehbar, ab wann die Zone in Deutschland zu einem Zuschußgeschäft werden würde, während man deutschland-

271 Die Auseinandersetzung Bidaults mit de Gaulles Nachfolger, Félix Gouin, Ende März/Anfang April 1946 beruhte nicht auf fundamentalen Unterschieden der respektiven deutschlandpolitischen Haltungen, sondern vielmehr auf der Sorge des Außenministers, durch die für alle Welt erkennbare Verkündung interner Ansätze als regierungsmittliche Politik und die Aufgabe von Maximalpositionen ohne Not und Nutzen drohe die inoffizielle Linie offiziell zu werden und könne innen- wie außenpolitisch negative Rückwirkungen zeitigen im Hinblick auf die am 24. April beginnende Pariser Außenministerkonferenz einerseits, auf das für den 5. Mai angesetzte Verfassungsreferendum andererseits. Vgl. de Courcel, Note pour le Ministre, Position du Gouvernement français sur les affaires allemandes, 01.04.46 sowie das Dossier »Problème allemand et Parti socialiste français 1945/46«, AN 457 AP 62.

272 Die neuere Forschung bestätigt durchweg, daß die Entlassung nicht auf amerikanischen Druck hin erfolgte. Vgl. etwa Aline FONVIELLE-VOJTOVIC, Paul Ramadier 1888–1961. Radiographie d'une carrière politique, Thèse, Université Paris X-Nanterre 1990, Bd. 2, S. 652–662, 692f. u. 701–708.

273 Vgl. Conversation entre MM. Bidault et Clayton, 09.07.47, AN 457 AP 62; Entretien de M. Bidault et de M. Harriman, 16.07.47, AN 457 AP 80; Entretien de M. Bidault avec M. Byrnes, 23.09.47, ebd.

274 Note pour le Ministre, Conversations franco-américaines sur l'Allemagne, 20.08.47, AN 457 AP 62.

275 Zur These, daß die amerikanische Priorität für Deutschland nicht unbedingt mit einer Vernachlässigung Frankreichs einherging, vgl. Klaus SCHWABE, Fürsprecher Frankreichs? John McCloy und die Integration der Bundesrepublik, in: HERBST, BÜHRER, SOWADE (wie Anm. 21) S. 517–533.

276 Vgl. den amerikanischen Versuch einer Bindung der Saarlösung an einen französischen Bizonenbeitritt und die »Präventivpolitik« Frankreichs; aufschlußreich dazu der persönliche Brief von J.C. Paris, seit Frühjahr 1947 Leiter der Europaabteilung, an Massigli, 07.11.47, MAE PAAP 217/101.

277 Vgl. BECKER (wie Anm. 138).

278 MARGAIRAZ (wie Anm. 15) Bd. 2, S. 972f.

279 Vgl. Audition de M. George Bidault, Ass. Nat., CAE, P.V., 20.12.47.

politisch mit dem Wirtschaftsanschluß der Saar vom 1. April 1948 etwas Vorzeigbares für die Franzosen in den Händen zu halten glaubte²⁸⁰. Es wuchsen also nicht nur die Sachzwänge, sondern auch – im Zusammenwirken all dieser Faktoren – das Gefühl, durchaus etwas erreicht zu haben, mit dem man sich selbst zufriedengeben und die Öffentlichkeit zufriedenstellen konnte²⁸¹. Tatsächlich ließen jedoch die vehementen Reaktionen von öffentlicher sowie großen Teilen der veröffentlichten Meinung auf die Londoner Empfehlungen von Anfang Juni 1948 das Versäumnis der Regierenden, die Nation nicht progressiv auf eine bevorstehende offizielle deutschlandpolitische Wendung vorbereitet zu haben, in aller Deutlichkeit zutage treten. Die Betonung von Kontinuitäten französischer Deutschlandpolitik nach Kriegsende durch Bidault während seiner Verteidigungsrede der Londoner Empfehlungen vor der Nationalversammlung²⁸² war für die französische Öffentlichkeit jedenfalls zwangsläufig ebenso überraschend wie unglaublich, auch wenn diese der Realität entsprachen, bildeten sie doch die eine, die offizielle Seite der »doppelten Deutschlandpolitik.«

Innen-, Außen- und »Doppelte Deutschlandpolitik«

Die französische Deutschlandpolitik zwischen Befreiung und Schumanplan war komplexer und vielschichtiger als lange behauptet, und dies nicht erst seit 1947, sondern bereits in den Jahren zwischen 1944 und 1946. Auch wenn sich im einzelnen nur sehr schwierig herausarbeiten läßt, welche konkrete Position welcher Entscheidungsträger in welchem Gremium mit welchem Erfolg zu welchem Zeitpunkt vertreten hat, wer überhaupt jemals an Sinn und Chance von Maximalpositionen geglaubt hat und wer nicht, wer in welchem internen oder internationalen Diskussionszusammenhang eher taktisch verbrämte oder tatsächliche Einstellungen offenbart hat, so bleibt doch festzuhalten, daß im Ergebnis sämtliche relevanten Pariser Entscheidungszentren, vom Regierungschef über das Außenministerium bis hin zu den technischen Ressorts, der Monnet-Gruppe sowie dem Generalstab, die in traditioneller Sicht als französische Deutschlandpolitik gekennzeichneten Forderungen um die Jahreswende 1945/46, teilweise sogar früher, aus eigener Überzeugung verwarfen oder aus Einsicht in die Realitäten als nicht durchsetzbar qualifizierten. Die Bandbreite der schon in Algier nicht ausschließlich restriktiven Entwürfe sowie die bewußte Ambivalenz und Anpassungsfähigkeit – nicht Beliebigkeit – der ebenso wenig völlig vergangenheitsorientierten frühen Pariser Instruktionen an Baden-Baden seit Sommer 1945, erlaubten angesichts des Klärungsprozesses mit den Alliierten eine modifizierte Betonung der einzelnen Sicherheitskomponenten ohne den konzeptionellen Gesamtrahmen verlassen zu müssen, erforderten keine Wende der französischen Politik, sondern führten in der Praxis zu einer komplexen zweigleisigen Diplomatie, einer zunehmenden Dichotomisierung von offizieller und inoffizieller Deutschlandpolitik und präjudizierten förmlich Widersprüche bei der politischen Umsetzung.

280 Vgl. Guillaume Guindey, Note pour le Ministre [René Mayer], 12.02.48, SAEF 9 34172. Zur Saar als Mittel für die Befriedigung der Öffentlichkeit sowie der PCF-Minister nach der Moskauer Außenministerkonferenz, vgl. SOUTOU (wie Anm. 20) S. 64.

281 Vgl. Bidault vor der Commission exécutive du MRP, 24.06.48, AN 350 AP 46.

282 Journal Officiel de la République Française, Débats, 11.06.48, S. 3455–3461.

Als ein Schlüssel zum Verständnis dieser »doppelten Deutschlandpolitik« erscheint das Bedingungsgeflecht von Innen- und Außenpolitik auf der einen, von Politik und Öffentlichkeit auf der anderen Seite. Seit der Libération läßt sich ein Ineinandergreifen von öffentlicher und veröffentlichter Germanophobie und utopischer Rhetorik der »classe politique« zur Systemstabilisierung, Befriedigung des Erwartungsdrucks und Ablenkung von innenpolitischen Problemen erkennen, das sich nach Kriegsende zusätzlich verschränkte mit der Erkenntnis außenpolitischer Instrumentalisierungsmöglichkeiten und deren kurzfristiger, positiver innenpolitischer Rückwirkungen.

Vor dem Hintergrund einer »doppelten Deutschlandpolitik« relativieren sich die Divergenzen zwischen traditionellen und neueren Sichtweisen in der Historiographie, denn im Grunde stehen sich idealtypisch zwei Diskussionsebenen gegenüber, die insofern miteinander vereinbar sind, als sie zwei Seiten einer Medaille darstellen, sich wirkungsgeschichtlich gegenseitig bedingen: das traditionelle Bild französischer Deutschlandpolitik beruhte im wesentlichen auf wenigen publizierten französischen Dokumenten, auf Aussagen von Zeitzeugen sowie angelsächsischen Quellenbeständen, integrierte außerdiplomatische Erklärungsfaktoren wie die öffentliche Meinung – wenn überhaupt – eher als zusätzlichen Nachweis für den harten Kurs Frankreichs denn als Chance für Nutzungsstrategien, traf damit die eine, die offizielle und taktisch bedingte Komponente »doppelter Deutschlandpolitik« wie sie gegenüber der Öffentlichkeit sowie im diplomatischen Verkehr bis Mitte 1948 vertreten wurde, setzte diese allerdings im Unrecht gänzlich mit der realen französischen Haltung gleich; das neuere Bild basiert demgegenüber auf der detaillierten Kenntnis französischer Archivalien, hebt stärker auf Entscheidungsprozesse im Spannungsfeld innen- wie außenpolitischer Nachkriegsentwicklungen ab, offenbart die andere, inoffizielle Komponente wie sie im internen Schriftverkehr, in Privatgesprächen, nicht zuletzt in den frühen deutschlandpolitischen Direktiven der Zentrale und deren Umsetzung in der FBZ zum Ausdruck kam, betont die Mischung konstruktiver und destruktiver Sicherheitselemente, die sachlichen Grautöne zwischen Dominanz und Integration seit der Befreiung und vermittelt damit zurecht eine insgesamt differenziertere Einschätzung französischer Politik.

Damit legt die »doppelte Deutschlandpolitik« ein Überdenken der Fragen nach Kontinuität, Bilanz und Alternativen französischen Handelns gegenüber dem besiegten Nachbarn nahe.

1. Die Existenz einer inoffiziellen Komponente bestätigt die Annahme von den entscheidenden Weichenstellungen der Jahre 1944 bis 1946, läßt die Dominanz personeller, inhaltlicher und struktureller Kontinuitäts- gegenüber Diskontinuitätslinien zwischen 1944 und 1950 deutlich hervortreten²⁸³, so daß von einer grundsätzlichen »révision déchirante«²⁸⁴ ebensowenig die Rede sein kann wie von einem »Einschwenken« auf angelsächsische Positionen unter amerikanischem Druck, höchstens von einem offiziellen Umschwung im Sommer 1948 durch das öffentliche

283 Zum Kontinuitätsproblem, vgl. Rainer HUDEMANN, Weichenstellungen in der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jürgen WEBER (Hg.), Die Republik der fünfziger Jahre, München 1989, S. 130–138. Dezierte Gegenposition bei WILKENS (wie Anm. 21) S. 19.

284 BUFFET (wie Anm. 15) S. 270.

Abrücken von einer Politik, die man zumindest teilweise seit drei Jahren inoffiziell für unergiebig und obsolet hielt. Somit ging auch der häufig symbolhaft überhöhte Wechsel von Bidault zu Schuman an der Spitze des Quai d'Orsay vom Juli 1948 realiter keineswegs mit einem so substantiellen Wandel der deutschlandpolitischen Praxis einher wie dies die diametral entgegengesetzten deutschlandpolitischen »images« beider Politiker lange glauben ließen:²⁸⁵ selbst der Montanunion-Vorstöß vom Mai 1950, dessen Ursprünge weniger hehren Europaidealen Schumans oder Monnets entsprangen als nationalstaatlichen Interessen wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Art²⁸⁶, reihte sich durchaus ein in die Ruhrpolitik seit Kriegsende²⁸⁷.

2. Der Schuman-Plan verweist darauf, daß die maßgebliche Zielvorgabe französischer Sicherheitsprojekte nach Kriegsende, Voraussetzungen für eine dauerhafte wirtschaftliche Vormachtstellung gegenüber Deutschland in Europa zu etablieren, nicht glückte. Dennoch muß die Bilanz nuanciert ausfallen: die »doppelte Deutschlandpolitik« trug in Frankreich dazu bei, als wichtiger Bestandteil gaullistischer Rhetorik den Franzosen neues Selbstbewußtsein einzupflanzen, durch diplomatische Obstinez das Fundament des tiefgreifenden sozioökonomischen Modernisierungsschubes der IV. Republik zu verbreitern und den wirtschaftlichen Aufschwung in der ersten Hälfte der »trente glorieuses« erheblich zu beschleunigen; sie erreichte in Westdeutschland letztlich ein demokratisch verfaßtes, dem Bild vom »Reich centralisé« entgegengesetztes bundesstaatlich organisiertes Staatswesen, Vorbehaltsrechte im Rahmen des Besatzungsstatuts, ein Aufsichtsrecht über die Schwerindustrie durch Beteiligung an Ruhrkontrolle und Ruhrstatut, eine wirtschaftliche Angliederung der Saar sowie eine Ausgangssituation deutsch-französischer Beziehungen, die aus beiderseitig pragmatisch-interessengebundenen, wenn auch nicht unbedingt identischen Motivationen heraus Kooperationsmechanismen auf den Weg brachte, wie sie seit Kriegsende konzeptionell und realpolitisch als ein Element in die französische Sicherheitsstrategie eingeflochten waren. Mißt man solche Ergebnisse nicht an Maximalpositionen, sondern daran, was die politisch Verantwortlichen 1944/45 tatsächlich für machbar hielten, so stellt sich die Bilanz zwar keineswegs durchweg positiv dar, aber doch positiver als schlechterdings behauptet wird und als es die Öffentlichkeit Ende der 40er Jahre wahrzunehmen vermochte. Eine solche Interpretation hat weder Retrospektives noch Apologetisches, verweist allerdings darauf, daß die deutsch-französische Verständigungspolitik nicht erst Anfang der

285 Vgl. Audition de M. le Ministre [Bidault], Ass. Nat., CAE, P.V., 25.06.48 mit Audition de M. Robert Schuman, ebd., 29.12.48. Vgl. auch die Bemerkungen Schumans im Ministerrat vom 21.04.48, in: Vincent Auriol, Journal du Septennat 1947–1953, Bd. 2: 1948, Paris 1974, S. 189–193 (192). Sehr differenziert POIDEVIN (wie Anm. 20) S. 197ff. sowie Georges Henri SOUTOU, Georges Bidault et la construction européenne 1944–1954, in: Revue d'Histoire Diplomatique 105 (1992) S. 267–306.

286 Vgl. Richard T. GRIFFITHS, A la recherche des débuts de l'intégration européenne, in: Revue de Synthèse n°3 (1990), S. 235–252; Frances M. B. LYNCH, Resolving the paradox of the Monnet Plan: national and international planning in French reconstruction, in: Economic History Review 37 (1984), S. 229–243; MILWARD (wie Anm. 192) S. 491–502.

287 GILLINGHAM (wie Anm. 19) S. 149. Zum Gewicht nationaler Faktoren für französische Europaansätze seit Kriegsende, vgl. Gérard BOSSUAT, La modernisation de la France 1945–1949: une affaire européenne?, in: Patrick FRIDENSON, André STRAUS (Hg.), Le capitalisme français aux 19^e et 20^e siècles. Blocages et dynamismes d'une croissance, Paris 1987, S. 307–325.

50er Jahre begonnen hat²⁸⁸, daß eine Diffamierung des Vorher der komplexen historischen Realität praktischer französischer Politik nach Kriegsende ebensowenig gerecht wird wie eine Verklärung des Nachher, daß es bei aller Unterschiedlichkeit der jeweiligen innen- wie außenpolitischen Konstellationen doch prinzipiell 1944/45 genauso wie 1950, 1963 oder 1989 nie nur um das bilaterale Verhältnis beider Staaten ging, sondern »immer auch um die Bestimmung der französischen Position in Europa und der Weltpolitik ... und um die Einordnung der Deutschen in eine europäische Friedensordnung.«²⁸⁹

3. Konkrete Alternativen zur Strategie deutschlandpolitischer Maximalpositionen finden sich in der Literatur so gut wie überhaupt nicht, sieht man einmal von der Vermutung ab, eine von vorneherein offiziell und öffentlich kompromißbereitere Haltung – insbesondere gegenüber Großbritannien – wäre letztenendes für Frankreich profitabler gewesen²⁹⁰. Es scheint jedoch zweifelhaft, ob beispielsweise der Prioritätenwechsel der amerikanischen Europapolitik im Zuge des Kalten Krieges von Frankreich auf Westdeutschland, den die Franzosen selbstverständlich rund zwei Jahre nach der Befreiung als ungerechte politische Zurücksetzung und psychologische Zumutung empfanden, auch in diesem Fall ohne spürbare ökonomische und materielle Rückschläge verlaufen wäre, ob die amerikanische Administration Frankreich neben Großbritannien und weitaus stärker als die deutschen Westzonen auch dann zum Hauptadressaten des Marshallplans gemacht hätte, ob es auch dann gelungen wäre, die Toleranzschwelle der französischen öffentlichen Meinung nicht zu überschreiten und damit die innenpolitische Stabilisierung während der schwierigen Übergangsphase zwischen Befreiung und IV. Republik nicht in Frage zu stellen?

Fazit

Eine erhöhte Sensibilisierung von Politikern eines demokratisch verfaßten Staates gegenüber mentalen und materiellen Schwierigkeiten der Menschen sowie ein gesteigertes Fingerspitzengefühl für Zumutbarkeitsgrenzen in bestimmten Politikfeldern scheinen zu den Spezifika von Nachkriegs-, erst recht von Nachweltkriegssituationen zu gehören. Unabhängig von vielfachen fundamentalen Unterschieden zwischen den Jahren nach 1918 und nach 1944, von dem völlig andersgearteten Friedensprozeß an sich über die gänzlich verschiedenen weltpolitischen Konstellationen bis hin zur gewandelten Einschätzung eigener machtpolitischer Grenzen und Chancen, spielte die Germanophobie der französischen Öffentlichkeit in den Nachkriegsjahren und die Wahrnehmung eines daraus erwachsenden Druckpotentials für die Formulierung der französischen Deutschlandpolitik eine maßgebliche Rolle. Dies war nach dem Zweiten nicht anders als nach dem Ersten Weltkrieg. Die praktische Politik allerdings, die im Bedingungsgeflecht von Innen- und Außenpolitik daraus erwuchs, war es umso mehr.

288 So etwa Hans-Peter SCHWARZ, *Eine Entente élémentaire*, Bonn 1988, S. 9.

289 Wilfried LOTH, *Die deutsch-französischen Beziehungen. Verständigung und Mißverständnisse*, in: DERS., *Ost-West-Konflikt und deutsche Frage. Historische Ortsbestimmungen*, München 1989, S. 159–172 (159).

290 Vgl. SOUTOU (wie Anm. 20) S. 53 ff. u. S. 60, der allerdings selbst einräumt: »Mais pouvait-il [Bidault], à ce moment-là, aux yeux de l'opinion, abandonner le programme français intégral?«, ebd., S. 66.

INHALT

Vorbemerkung	7
Stefan MARTENS Zwischen Demokratisierung und Ausbeutung. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg	9
Dietmar HÜSER Frankreich, Deutschland und die französische Öffentlichkeit 1944–1950: Innenpolitische Aspekte deutschlandpolitischer Maximalpositionen	19
Martina KESSEL »L'empêcheur de la danse en ronde«: Französische Deutschlandpolitik 1945–1947	65
Edgar WOLFRUM Das Bild der »düsteren Franzosenzeit«. Alltagsnot, Meinungsklima und Demokratisierungspolitik in der französischen Besatzungszone nach 1945	87
Annie LACROIX-RIZ La dénazification politique de la Zone Américaine d'Occupation en Allemagne vue par les Français (1945–1949)	115
Rainer MÖHLER Entnazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung – französische Säuberungspolitik im Saarland und in Rheinland-Pfalz	157
Monique MOMBERT Les Français et la jeunesse en Zone Française d'Occupation de 1945–1949	175
Dieter Marc SCHNEIDER Gilbert Grandval. Frankreichs Prokonsul an der Saar 1945–1955	201
Auswahlbibliographie	245
Abkürzungsverzeichnis	251
Personenregister	254